

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet

### Eine Sonderkonferenz.

Vor ungefähr einem Monat erfuhr der Verbandsvorstand, daß Verbandsmitglieder, die zur K. F. D. und zum kleinen Teil zur U. S. F. D. gehören, angeblich die Abhaltung einer Sonderkonferenz planten, um auf dieser über Verhandlungsangelegenheiten zu beraten und zu beschließen. Dem Vorstand erschien eine derartige Disziplinwidrigkeit zunächst als unwahrscheinlich. Inzwischen hat der Kollege Göthe, Bremen, in der „Freiheit“ öffentlich zu einer derartigen Konferenz aufgefordert und vom Kollegen Wenschel, Merseburg, sind Einladungen zu einer Konferenz versandt worden, die am 30. November in Halle stattfinden soll. Die verachtete Zerstückelung des Verbandes durch unsere eigenen Mitglieder ist also Tatsache geworden. Der Verbandsvorstand hat dazu Stellung genommen. Er ist der Meinung, daß Sonderkonferenzen einzelner örtlicher Abteilungen innerhalb des Verbandes nicht erlaubt sind. Er sieht ein derartiges Beginnen als eine schwere Schädigung des Verbandes und damit aller deutschen Bauarbeiter an. Aus diesem Grunde wurden die Veranstalter der Konferenz öffentlich darauf aufmerksam gemacht, daß ihrem Vorhaben die Konsequenzen folgen würden. Die Vereinseitigungen werden also hiermit gewarnt, sich auf Sonderkonferenzen und ähnliche Zerstückelungsbestrebungen einzulassen.

### Irrtümer auf dem Gebiete des Geldwesens.

Von Dr. Oscar Stillig.

In fastmännlichen Kreisen, aber auch in der Arbeiterschaft ist bei uns über die hohen Preise der Gegenwart die Anschauung verbreitet, daß der Mangel an Waren den Aufschwung erklärt habe und diese erhöhten Preise die Ursache der stark vermehrten Notenausgabe seien. Wenn eine Ware früher M. 100 und jetzt M. 800 kostet, so bedarf es der dreifachen Geldmenge, um sie zu bezahlen. Die Papiergeldvermehrung wird also eine Folge der Preissteigerung und diese als eine Folge der Warenknappheit hingestellt. So meint man! Und doch liegt die Sache gerade umgekehrt. Die Gelder der Welt sind nicht in dieser Reihenfolge verteilt. Die Welt der Selbsttäuschung über das, was hier als Beweggrund anzusprechen ist, liegt ein ähnlicher Irrtum zugrunde, wie wir ihn in der Natur beobachten können. Die Sonne geht sichtbar im Osten auf, steigt am Himmelsgewölbe empor, erreicht gegen Mittag ihren Höhepunkt und sinkt dann allmählich, bis sie im Westen unter dem Gesichtskreis verschwindet. Jedes Kind weiß, daß nicht die Sonne sich um die Erde, sondern umgekehrt, die Erde sich um die Sonne bewegt. Man darf daher auch im volkswirtschaftlichen Leben die Dinge nicht auf den Kopf stellen oder das Pferd vor Schwanze her aufzäumen. Nicht im Warenmangel, sondern im Geldüberfluß liegt die Erklärung des gestiegenen Preisniveaus. Warenmangel würde nie infandable sein, sämtliche Preise in die Höhe zu treiben, die entsprechenden Waren würden vielmehr im Preise sinken, und da die Macht der nicht absolut notwendigen Güter sehr groß ist — man denke daran, was wir in der Kriegszeit alles entbehren mußten —, so würde ein Ausgleich eintreten gerade so wie auf dem Meere, wenn der Sturm Wellenberge und Wellentäler erzeugt, das Niveau aber daselbst bleibt. Es würde aber auch nicht richtig sein, zu behaupten, daß die ungenügende Vermehrung der Zahlungsmittel die Ursache der Erhöhung des Preisstandes sei. Denn beide Erscheinungen sind in Wechselwirkung und stehen nicht in dem Verhältnis von Ursache und Wirkung. Die Preissteigerung ist vielmehr der Widerschein der Geldvermehrung und beide verhalten sich zueinander wie ein Gegenstand und sein Bild im Spiegel. Trotzdem kann man immer wieder lesen: die hohen Preise sind die Folge der Geldvermehrung. Das ist natürlich falsch. Denn die Geldvermehrung, das heißt die Verminderung der Kaufkraft des Geldes, kommt eben im hohen Preisstande zum Ausdruck.

Ein weiterer sehr verbreiteter Irrtum besteht darin, daß man dem Gelde selbst einen Wert zuschreibt und der Meinung ist, gegen diesen Wert könnten Waren eingetauscht werden. So scheint es allerdings im täglichen Verkehr zu sein. Ich gebe einen Wert von M. 100 Gold oder Annahme auf Gold hin und erhalte dafür eine Ware, die diesem Wert entspricht. Dieser Irrtum ist ein Kind der metallistischen Theorie des Geldes, die den Wert des Geldes hat schon 1705 John Law in seiner Denkschrift an das Parlament (Money and trade considered with a proposal for supplying the nation with money) erlärnt. Und Hume beginnt seine Abhandlung „Von Geld“ folgendermaßen: „Geld ist kein eigentlicher Handelsgegenstand. Es ist vielmehr nur das Mittel, das nach Uebereinkunft der Menschen zur Vereinfachung des Umtausches einer Ware gegen eine andere Ware dient.“ 200 Jahre sind seitdem vergangen, ohne daß heute diese Sätze Gemeingut aller Gebildeten wären. Derartige Erkenntnisse bringen nur sehr schwer durch und heute weiß unter Tausend sicher kaum einer, daß beim Umlauf der Güter nicht Geld gegen Ware getauscht wird, sondern Ware gegen Ware durch die Vermittlung des Geldes. Die Formel lautet also nicht W gegen G, sondern W G W. Das Geld ist der Knüttel, der den Tausch zustande bringt. Hier ist ein Wagon Kohle, dort ein Quantum Leber. Der Besitzer des Lebers erhält die Kohle, indem er sein Leber hingibt, und das Geld übernimmt die Vermittlung des Tausches beider Objekte, indem es ihren Tauschwert berechnet. Wenn dem aber so ist, so folgt daraus, daß dieses Vermittlungsinstrument selbst ohne eigenen inneren Wert sein kann. Das wertlosste Geld, das heißt das Papiergeld, bedeutet einen großen gesellschaftlichen Fortschritt, trotz aller Mißbräuche, die von jeher mit seiner Verwendung verbunden waren. Es stellt ein nahezu kostenfreies Zahlungsmittel dar. Es ist keine Edelmetalleinsparung nötig, die mit Arbeit und Ware bezahlt werden muß, wie beim Gold- und Silbergeld. Es entspricht daher am meisten dem Grundgedanken des kleinsten Kraftmaßes im Wirtschaftlichen. Solange man natürlich an der irrigen Vorstellung festhält, daß das Geld einen inneren Wert besitzen müsse, wie das alte Metallgeld und das Edelmetallgeld, gegen den man den Wert der Waren austauscht, solange wird der Fortschritt im Geldwesen verzögert werden.

Die einzigen Schwierigkeiten der Papierwährung liegen darin, daß der Staat leicht in Versuchung kommt, mehr Papiergeld auszugeben, als der Verkehr braucht, um auf diese Weise seinen finanziellen Bedarf zu decken, und dann darin, daß es bei Papiergeldwirtschaft schwer ist, dem Auslande gegenüber einen günstigen Wechselkurs zu erzielen. Bei Papierwährung sind die intervalutarischen Beziehungen bei schwieriger zu regulieren als bei Edelmetallwährung, bei der die Wechselkurse nur in den engen Grenzen der Gold- und Silberpunkte zu schwanken pflegen. Bei Papierwährung muß daher durch besondere Valutakonventionen mit dem Auslande das Verhältnis geregelt werden. Dieses Problem ist jedoch so verwickelt, daß es hier nur angedeutet werden mag. Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die Bestimmungen, zur Goldwährung zurückzuführen, nicht durch das Wesen des Geldes an sich bedingt sind. Wir können in Deutschland auch in Zukunft bei der Papierwährung bleiben, denn das Papiergeld ist theoretisch mit dem Metallgeld durchaus gleichberechtigt, bietet sogar, wie wir sahen, vor diesem große Vorteile, unter der Voraussetzung, daß man die Gefahr einer Zwischenausgabe, der wie leider in Deutschland während des Krieges und nach der Revolution erfolgen sind, vermeidet, und daß es gelingt, den intervalutarischen Kurs zu regeln.

### Verhandlungen um neue Steuerzulagen.

Schon vor Wochen ging beim Verbandsvorstand die Mitteilung ein, daß die im Sommer beziehungsweise im Herbst vereinbarte Steuerzulage von den Unternehmern einzelner Orte nicht gezahlt werde. Aus andern Orten ging gleichzeitig die Mitteilung ein, daß die vereinbarten Zulagen durch die fortgesetzte Steigerung der Preise bereits wieder überholt sei und daß unbedingt eine weitere Zulage gezahlt werden müsse. Bei den Vorständen der andern am Tarifvertrag beteiligten Verbände war es ebenso. Die Verbandsvorstände teilten das dem Vorstand des Arbeitgeberbundes mit und ersuchten ihn, dafür zu sorgen, daß die vereinbarten Zulagen überall gezahlt würden. Gleichzeitig ersuchten sie ihn, er möge der Bewilligung einer weiteren Zulage in den einzelnen Orten nichts in den Weg legen. Der Vorstand des christlichen Bauarbeiterverbandes ging über diesen Wunsch hinaus, indem er anregte, der Bundesvorstand möchte sich, wenn er örtliche Verhandlungen ablehne, mit zentralen Verhandlungen einverstanden erklären.

Auf Grund dieses Tatbestandes setzte sich der Vorstand des Arbeitgeberbundes mit dem Reichsarbeitsminister in Verbindung, der dann die Vertreter der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände zu zentralen Verhandlungen nach Berlin berief. Die Verhandlungen fanden am 18. und 19. November im Reichsarbeitsministerium statt. Sie wurden geleitet von dem Geheimen Regierungsrat Dr. Wulff, der früher viele Jahre am Gewerbegericht in Altona tätig war und seit längerer Zeit Unparteilicher an unserm Haupttarifamt ist. Er sprach bei Eröffnung der Verhandlungen die Hoffnung aus, daß eine Einigung erreicht werde. Eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung sei seit der letzten Verhandlung zweifellos eingetreten, eine weitere Zulage sei deshalb erwünscht und nötig. Auf der andern Seite sei aber auch zu fragen, was das Baugewerbe ohne schweren Schaden tragen könne. Er hoffe, daß sich zwischen diesen beiden Gegenständen ohne die Einschubung des Reichsarbeitsministeriums ein Ausgleich finden lasse.

Kollege W e h r e n d t stellte dann den einleitend schon geschilderten Sachverhalt dar und begründete die Notwendigkeit einer weiteren Zulage. Die Verteuerung sei unsern Kollegen in vielen Orten über den Kopf gewachsen. Lebensmittel, Kleidung, Wäsche, Hausrat, Feuerung, Holz, Torf, Kohle usw. seien riesig im Preise gestiegen. Die Bauarbeiter seien nicht in der Lage, die notwendigen Neuanschaffungen zu machen. Der Arbeitgeberbund müsse also den Weg zu örtlichen Verhandlungen freigeben.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, Herr Baumeister W e h r e n s, gab zu, daß die Verteuerung stark gestiegen ist. Aber das Handwerk könne weitere Zulagen nur schwer tragen. Schon jetzt seien viele große Bauten stillgelegt worden, weil den Bauherren die Baukosten zu hoch seien. Sie wollten erst nach Ablauf des Vertrages weiterbauen. Durch weitere Zulagen würden insbesondere auch die Kleinwohnungsbauteilen verteuert. Die vom Reich gewünschten Aufschubmaßnahmen reichten nicht mehr aus und neue Zuschüsse würden nicht gegeben. Der Bund habe stets scharf darauf gesehen, daß die vereinbarten Zulagen gezahlt werden. Wenn er die Bezahlung nicht überall durchsetzen konnte, so sei dies ein Beweis dafür, daß man mit den Zulagen für einzelne Orte bereits zu weit gegangen sei. Zwangsmaßnahmen gegen seine Mitglieder würden dem Bundesvorstand auch keinen Vorwurf machen, wenn wirklich die vereinbarten Zulagen nicht überall gezahlt werden. Der Bund lehne eine weitere Zulage nicht ab. Jedoch müßten die Selbstverwalter diesmal anders behandelt werden als bisher. Die Selbstverwalter seien viel besser gestellt als die Bauarbeiter in den Städten. Der Regierung müsse man den schärfsten Vorwurf machen, daß sie den Wucher, insbesondere den Holzwucher und den Wucher mit andern Baustoffen noch nicht unterbunden habe. Das Holz werde in Massen ins Ausland verkauft, im Inland sei da

gegen kaum noch Bauholz zu bekommen. Er habe den Antrag, hiergegen den stärksten Protest einzulegen. — Im übrigen wünschte Herr Wegrens, daß man sich am ersten Sitzungstage nur über allgemeine Fragen ausspreche. Die Mitglieder des Bundesvorstandes seien zum Teil erst im Laufe der Nacht in Berlin angekommen und hätten noch keine Gelegenheit zu einer Aussprache unter sich gehabt.

Als Grundlage für die weiteren Verhandlungen hatte Herr Geheimrat Regierungsrat Dr. Wulff eine amtliche Statistik angefordert. Die Arbeitervertreter legten auf eine solche Statistik keinen großen Wert. Die bei den letzten Verhandlungen vorgelegte Statistik, wonach die Teuerung um 5 bis 10 pzt. gestiegen sein sollte, habe geradezu unheilvoll gewirkt, weil sie zu der Zeit, als die Verhandlungen im Lande draußen stattfanden, längst überholt gewesen sei.

Den Hauptpunkt der Aussprache bildete zunächst die Frage, ob zentral oder örtlich verhandelt und vereinbart werden solle. Die Arbeitervertreter wollten an zentraler Stelle nur feststellen lassen, daß eine starke Steigerung der Preise eingetreten sei und daß deshalb eine neue Teuerungszulage gefordert werden müsse. Die Vereinbarung über die Höhe der Zulagen wollten sie den örtlichen Organisationen überlassen. Die Vertreter des Zimmererverbandes lehnten diesen Weg ab. Sie wollten eine zentrale Vereinbarung. Von den Vertretern des Zimmererverbandes wollten sie die ausdrückliche Erklärung, daß eine solche Vereinbarung auch für die Zimmerer der einzelnen Orte maßgebend sei. Das letzte Mal hätten sich die Zimmerer in einzelnen Orten um die Entschärfungen nicht gekümmert, sondern auf eigene Faust höhere Forderungen gestellt. Die Vertreter des Zimmererverbandes erklärten, daß sie zu einer zentralen Vereinbarung kein Mandat hätten. Im übrigen hätte doch Herr Wegrens durch seinen Hinweis auf die Verhältnisse in den einzelnen Orten selbst anerkannt, daß örtliche Verhandlungen zweckmäßiger seien.

Nach längerer Aussprache, in der die Arbeitervertreter die Notwendigkeit einer bedeutenden Zulage und die Zweckmäßigkeit örtlicher Verhandlungen eingehend begründeten, stellte der Verhandlungsleiter fest, daß durch eine weitere Aussprache der zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Gegensatz wohl kaum überbrückt werden könne. Man müsse sich aber doch klar werden, wie er zu überbrücken sei.

Auf Wunsch der Arbeitgeber wurden darauf die Verhandlungen abgebrochen, um dem Bundesvorstand Gelegenheit zu einer Aussprache unter sich zu geben.

Am andern Morgen waren die Arbeitgeber mit ihren Beratungen noch nicht fertig. Sie brauchten noch gut 1 Stunde, um zu einem Ergebnis zu kommen. Dann übertrugen sie die Arbeitervertreter mit folgender Erklärung:

**In der Erwägung,**

1. daß die Bauarbeiterlöhne nach erheblicher Erhöhung im Frühjahr dieses Jahres erst im August, September und Oktober wieder allgemein erhöht worden sind;
2. daß infolge dieser Erhöhungen die Stundenlöhne der Bauarbeiter jetzt im Durchschnitt viermal so hoch sind als die Stundenlöhne vor dem Kriege;
3. daß weitere Lohnerhöhungen im Baugewerbe von den Arbeitern aller anderen Industrien und Gewerben zum Anlaß neuer Lohnforderungen genommen werden;
4. daß damit unvermeidlich eine weitere Steigerung der Preise der Lebensmittel und aller anderen Verbrauchsgüter herbeigeführt wird;
5. daß insbesondere auch die Herstellung von Wohnungen immer mehr verteuert und dadurch die Wohnungsnot verschärft wird;
6. daß schon infolge der bereits eingetretenen Lohnerhöhungen zahlreiche Volkswirtschaften der Behörden nach Aufbrauch der verfügbaren Mittel eingestellt werden mußten und neue Volkswirtschaften nicht in Angriff genommen werden konnten;
7. daß also bei weiterer Hinaufschraubung der Löhne immer mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer erwerbslos werden;

bedauern wir namens der Arbeitgeberverbände, zunächst an einer Vereinbarung über die Gewährung neuer Teuerungszulagen nicht teilnehmen zu können.

Wir erkennen nicht, daß aus mannigfachen Gründen eine weitere Steigerung der Kosten der Lebenshaltung seit Oktober bereits wieder eingetreten ist, sind aber nicht in der Lage, den Grad der Steigerung zu überschätzen. Wir müssen daher vom Reichsarbeitsministerium fordern, schnellstens zuverlässige Unterlagen beizuschaffen, und zwar:

1. statistisches Material über die Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsgüter in den größeren Wirtschaftskreisen in den Zeiträumen von April bis August und von August bis November dieses Jahres;
2. eine Zusammenstellung der Stundenlöhne und ihre Erhöhung seit April dieses Jahres in den wichtigsten Industrien und besonders den Baugewerben nachfolgenden Gewerben.

Sobald dieses Material vorliegt, sind wir zu neuen zentralen Verhandlungen bereit.

Wir erwarten, daß auf diese Weise der erste Schritt getan wird, um die gesamte Lohnpolitik in geordnete Bahnen zu leiten und die bestehende Lohnanarchie zu beseitigen. Diese Lohnanarchie hat Verhältnisse geschaffen, die im Verein mit der fortwährenden Steigerung der Volkswirtschaft

preise und der wucherischen Aufschöbung der wenigen umfänglich verkauften Warengegenstände und uns selbst bringend notwendigen Bedarfsgegenstände ins Ausmaß getrieben sind, das deutsche Wirtschaftsleben vollständig zugrunde zu richten. Der Reichsregierung muß ebenso klar sein wie den Arbeitern und Arbeitgebern, daß durch das fortwährende Anziehen der Lohnschraube dieses Unglück nur noch verschlimmert wird. Namentlich, wenn es so planlos wie bisher, ohne Rücksichtnahme auf die in den einzelnen Industriezweigen und öffentlichen Betrieben bisher gezahlten Löhne und ohne Rücksicht auf die wirklichen Notwendigkeiten in den einzelnen Wirtschaftskreisen des Reiches erfolgt.

**Wir erklären im Anschluß hieran noch:**

1. Zur weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bauarbeiter durch erhöhten Verdienst und zur Erzielung höherer Leistungen, also zur Förderung der Produktion, fordern wir, daß der Widerstand der Arbeiter gegen die Alltagsarbeit, soweit er im Widerspruch mit dem Sinne des Reichsarbeitsgesetzes steht, aufgegeben wird.

2. Wir fordern von den Vertretern der Zimmerer unbedingt die Erklärung, daß etwa zu treffende weitere Vereinbarungen auch von ihnen anerkannt und durchgeführt werden.

3. Zur Schadloshaltung der Arbeitgeber ist erforderlich, daß bei weiterer Bewilligung einer Teuerungszulage unsere Auftraggeber — Reich, Staat, Gemeinde, Private — im Verordnungswege durch die Reichsregierung verpflichtet werden, die Mehrkosten dem Arbeitgeber voll zurückzuerstatten.

Die Arbeitervertreter waren über diese Erklärung außer höchste Unruhe und empört. Sie sahen darin nur ein Verschleppungsmanöver, zu dem man sich auf das Drängen einiger Scharfmacher entschlossen hatte. Eine Verschleppung schien aber den Arbeitervertretern um so unberechtigter, als der Bundesvorstand am Tage zuvor ausdrücklich eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung und die Notwendigkeit einer weiteren Teuerungszulage zugegeben hatte. Inzwischen war auch die vom Herrn Verhandlungsleiter angeforderte amtliche Statistik fertig geworden. Diese Statistik bezog sich allerdings nur auf Berlin, aber da die Verhältnisse im ganzen Reich ungefähr gleich sind, so kam ihr doch allgemeine Bedeutung zu. Aus der Statistik ergab sich, daß der Lebensmittelaufwand einer fünfköpfigen Familie in Berlin von August bis November um 25,8 pzt. gestiegen ist. Die Arbeitervertreter traten sofort zu einer kurzen Sonderberatung zusammen, als deren Ergebnis Kollege Glingert folgende Erklärung abgab:

Die Vertreter der Arbeiterverbände haben aus der von den Arbeitgebervertretern vorgelegten Erklärung ersehen, daß die Arbeitgeberverbände zuerst die Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage ablehnen.

Da die starke Verteuerung der Lebenshaltung seit August unbestritten ist und auch von den Vertretern der Arbeitgeber zugegeben wird, so empfinden die Vertreter der Arbeiterverbände die Haltung der Unternehmervertreter als eine Provokation der deutschen Bauarbeiter, die sie sich nur erklären können aus der augenblicklichen schlechten Witterung.

Die Vertreter der Arbeiterverbände bedauern die Haltung der Arbeitgeber um so mehr, weil diese Haltung keine Erfüllung in die Kreise der Bauarbeiter tragen und auch das Tarifverhältnis ungünstig beeinflussen wird.

Die Arbeitervertreter lehnen jede Verantwortung für die Folgen der provokierenden Haltung der Arbeitgebervertreter ab. Sie bedauern, daß die Stundenlöhne der Bauarbeiter seit Beginn des Krieges im Durchschnitt verdreifacht worden sind. Unter Berücksichtigung der verkürzten Arbeitszeit durch die Einführung des Stillschließetages hat sich das Lohnniveau der Bauarbeiter etwa verdreifacht, während sich die Lebenshaltung in der gleichen Zeit um mehr als das Sechsfache verteuert hat.

Eine weitere Stellungnahme zu der Erklärung der Arbeitgebervertreter halten die Arbeitervertreter zurzeit für überflüssig.

Im Anschluß hieran erklärten die Vertreter des Zimmererverbandes, daß der Zimmererverband bisher alle Vereinbarungen, die an zentraler Stelle getroffen wurden, auch eingehalten und strikte durchgeführt habe. Es steht aber fest, daß derartige Vereinbarungen nicht immer vom Arbeitgeberverband gehalten, ja sogar verhindert wurden.

Auf Grund dieser Erklärungen hielten die Arbeitgebervertreter eine neue Sonderberatung ab. Als Ergebnis dieser Sonderberatung gab Herr Baumeister Wegrens nach der Mittagspause eine neue Erklärung folgenden Inhalts ab: Wir halten unsere Erklärung in allen Punkten aufrecht und weisen die Beauptung entschieden zurück, daß sie eine Provokation der Bauarbeiter enthalte. Durch solche Behauptungen wird unbilligerweise Anlaß in die Arbeiter gegeben. Wir haben im Gegenteil erklärt, daß wir zu Verhandlungen bereit sind, sobald die notwendigen Unterlagen dem Reichsarbeitsministerium zur Verfügung stehen.

Wir bedauern, daß die Vertreter der Arbeiterverbände auf unsern Vorschlag für eine planmäßige Lohnpolitik und zur Gebung der Leistungen durch Alltagsarbeit nicht eingegangen sind, sondern sogar eine Stellungnahme dazu für überflüssig erklärt haben.

Bei der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft ist der Arbeitgeber allein nicht mehr in der Lage, in kurzen Zwischenräumen immer wieder erhebliche Lohnerhöhungen

zu gewähren, die zu einem Stillstand des gesamten Wirtschaftslebens führen müssen. Es ist Pflicht der Gewerkschaften ebenso wie der Reichsregierung, unsere Ausführungen die ernsthafteste Beachtung zu schenken, und ihrer Erkenntnis, daß wir den schlimmsten wirtschaftlichen Zuständen entgegenzutreten, durch eine das Wohl des gesamten deutschen Volkes berücksichtigende Lohnpolitik endlich Taten folgen zu lassen.

Zu dem im Anschluß an die Erklärung der Arbeitervertreter gegebenen Erklärung des Zimmererverbandes stellen wir fest, daß bei den Verhandlungen im August dieses Jahres der Zimmererverband eine Verbindlichkeitsklärung nicht abgegeben hat.

Der gegen den Arbeitgeberverband gerichtete Angriff wegen Nichterhaltung und Verhinderung zentraler Vereinbarungen wird mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Der Herr Verhandlungsleiter sprach die Hoffnung aus, daß diese Erklärung nicht das letzte Wort sei. Die Arbeitgeber hätten doch die Verhandlungen angeregt. Ob es denn nicht möglich sei, schon heute einen Vorschlag zu machen?

Herr Wegrens erwiderte darauf: Der Arbeitgeberverband sei auf Grund von Forderungen der Arbeiterverbände an die Regierung herantreten. Die Arbeitgeber lehnten eine neue Zulage nicht ab, sie seien durchaus zur Gewährung einer neuen Zulage bereit, aber sie wollten das Wirtschaftsleben nicht zugrunde richten, und sie wollten die Zulagen auch nur gewähren unter bestimmten Bedingungen. In 14 Tagen könne die Regierung genug einwandfreies Material aus dem ganzen Lande haben. Würden dann die Vertreter des Arbeitgeberverbandes nach Berlin kommen, seien sie bereit, sofort zu kommen. Das heutige amtliche Material sei zu dürftig. Die Arbeitgeber verlangten auch eine andere Lohnpolitik. Sie wünschten, daß das Reich dabei mitwirke. Sie müßten auch die Gewerkschaft haben, daß ihnen die zu zahlenden Zulagen von den Bauherren zurückerstattet werden, denn aus eigener Tasche könnten sie die Zulagen, die in die Millionen gingen, unmöglich zahlen. So hoch sei ihr Verdienst nicht.

Die Arbeitervertreter gaben zu, daß wohl in manchen Fällen die neu zu zahlenden Zulagen über den Verdienst der Unternehmer hinausgingen. Soweit die Unternehmer die neue Zulage nicht aus eigener Tasche zahlen könnten, sei ihr Wunsch auf Nichterhaltung der Zulagen berechtigt. Eine vernünftige Lohnpolitik hätten die Arbeiterverbände immer erstrebt und ihre Zeitungen hätten auch in diesem Sinne gewirkt, was man von den Arbeitgeberzeitungen nicht sagen könne. Statistisches Material ließen sich nicht so schnell beschaffen, wenn man auf eine einwandfreie Statistik aus allen Orten des Reiches warten wollte, gehe unter Umständen viel Zeit daraufhin und dann seien die heutigen Preise wieder längst überholt. Warum habe der Bund nicht rechtzeitig statistisches Material von der Regierung verlangt? Es könnten ja für die späteren Verhandlungen bessere Unterlagen beschafft werden, dafür würden sich auch die Arbeiter einsetzen, aber für diesmal genügt die Unterlage vorläufig. Die Verhältnisse seien überall ungefähr die, wie in Berlin. Übrigens sei doch die Verteuerung der Lebenshaltung beim Verhandlungsstillschließetage auch in G e r a u n g bekannt. Der Arbeitgeberbund brauche ja nur die örtlichen Verhandlungen freizugeben, an den einzelnen Orten könne dann leicht festgestellt werden, um wie viel sich die Lebenshaltung verteuert habe. Mit Erklärungen und Wünschen könne man die Bauarbeiter nicht fast machen. Die Löhne der Bauarbeiter ständen immer noch hinter den Löhnen der Arbeiter anderer Berufe zurück. Wenn die Erklärung der Unternehmer das letzte Wort sei, müßten die Vorstände der Arbeiterverbände ihren Vereinen sagen, was ist, alle Beratungen müßten dann die Unternehmer tragen.

Herr Dr. Krause vom Tischbauarbeiterverband und Herr Baumeister Wegrens vertraten wiederholt den Standpunkt der Arbeitgeber. Sie erklärten erneut, sie seien ja zur Zahlung einer Zulage bereit. Es fehlten ihnen nur die Bedingungen, um diese Zulagen zahlen zu können. Die Regierung müsse helfen. Arbeiter und Arbeitgeber müßten gemeinsam mit der Regierung für geordnete Verhältnisse sorgen. Das Wucher- und Schieberium müsse gemeinsam bekämpft werden. Die Unternehmer wollten nichts als Gerechtigkeit. Sie wüßten, sagte Herr Wegrens, daß in anderen Berufen höhere Löhne gezahlt werden. Sie wollten Feststellungen darüber treffen, wo das ist. Sie seien bereit, einen Ausgleich mit anderen Arbeitergruppen herbeizuführen; denn sie wüßten sehr wohl, daß die Bauarbeiter nicht anders als den anderen Berufen herauszukommen seien. Aber zu einer Vereinbarung müßten sie erst die nötigen Unterlagen haben, und zwar nicht nur über die Lebensmittelpreise, sondern auch über die Löhne in der Industrie. Sie seien bereit, diese Unterlagen gemeinsam mit den Arbeiterverbänden auf dem schnellsten Wege zu beschaffen und auf telegraphischen Fuß wieder nach Berlin zu kommen. In 14 Tagen könne das erledigt werden. Es müßte gemeinsam mit der Regierung ganze Arbeit geleistet werden, mit dem fortgeschrittenen Frieden komme man aus dem Chaos nicht heraus. Man müsse auch darauf dringen, daß die Arbeitsleistung erhöht werde und diese die Alltagsarbeit nicht, im Widerspruch zum Tarifvertrage, verhindern.

Die Arbeitervertreter erwiderten, die Arbeiterverbände hätten sich bezüglich der Alltagsarbeit durchaus an den Tarif-

vertrag gehalten, der bestimme, daß die Affordarbeit eine Sache der Ortsvereine sei. Wenn die Unternehmer die Affordarbeit wollten, so müßten sie mit unsern Ortsvereinen Affordtarife vereinbaren. Zur Bekämpfung des Wuchers und zur Herbeiführung geordneter Zustände seien die Arbeiterverbände durchaus bereit, gemeinsam mit den Unternehmern auf die Regierung einzuwirken. Heute handle es sich aber zunächst darum, den Bauarbeitern die unbedingt nötigen Zulagen zu verschaffen. Das könne dadurch geschehen, daß der Arbeitgeberbund den Weg für irdliche Verhandlungen freigebe. Das Material für eine weitere gerechte Regelung der ganzen Lohnfrage könne man dann immer noch beschaffen. Es sei nicht so, wie die Unternehmer in ihrer Erklärung sagen, daß durch die Erhöhung der Löhne die heutigen unhaltbaren Zustände geschaffen worden, sondern umgekehrt: Erst seien stets die Forderungen nachgekommen. Die Löhne seien hinter den steigenden Preisen während des ganzen Krieges zurückgeblieben und seien auch heute noch um mehr als die Hälfte hinter den gestiegenen Preisen zurück.

Als sich die Vertreter des Arbeiterbundes von ihrem Standpunkt absolut nicht abbringen ließen, gaben die Vertreter der Arbeiterverbände abends gegen 7 Uhr durch unsern Kollegen Behrendt die Erklärung ab: Nach Lage der Sache bleibe ihnen nichts anderes übrig als das Ergebnis der Verhandlungen ihren Mitgliedern zu unterbreiten und es diesen zu überlassen, wie sie sich damit abfinden wollen und können. — Darauf erklärte Herr Geheimrat Regierungsrat Dr. Wulff die Verhandlungen für beendet.

Nach Lage der Verhältnisse ist wahrscheinlich damit zu rechnen, daß das Reichsarbeitsministerium demnächst neue Verhandlungen anberaume.

## Die Zukunft der deutschen sozialen Versicherungen.

Von Richard Luag.

In den letzten Monaten ist in Fach- und Tageszeitungen wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß, wenn Deutschland die von unseren Feinden diktierten Friedensbedingungen aufgeben würde, die deutschen sozialen Versicherungsanstalten zum Erliegen kommen, weil die finanziellen Reserven so groß werden, daß eine Fortführung der Versicherungen kaum gedacht werden kann. Die Zweifel sind nunmehr gefallen, die Äußerungen der deutschen Wirtschaftslife durch den Friedensvertrag aufgeburt worden sind, sind fürchtbare, und das Fortbestehen der sozialen Versicherungen unter den gegenwärtigen Einrichtungen ist in Frage gestellt. Verschiedene Krankenkassen müssen ganz enorme Prozentanteile vom Lohn als Beiträge erheben, um ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, trotzdem bei mehreren Klassen auch noch die Mithilfen der in Anspruch genommenen, ja bei einzelnen fast aufgebraucht sind. Verschiedene Träger der Unfallversicherung, besonders kleinere gewerbliche Berufsgenossenschaften, können ihre Verpflichtungen überhaupt nur noch unter starker Stenopreudnahme der Mithilfen nachkommen. Was nach Verbrauch der Mithilfen in einigen Jahren mit den Unfallrentnern geschehen soll, ist jetzt nicht abzusehen, falls bis dahin keine Minderung in den Versicherungsbeiträgen getroffen worden ist. Abgesehen davon, daß die Mithilfen durch einen eventuellen Staatsbankrott nicht etwa schon in absehbarer Zeit eine vollständige Erschütterung erleiden.

Die Landesversicherungsanstalten (Znvaliden- und Hinterbliebenenversicherung) sind bisher noch am besten fundiert und wird vielleicht bei diesen eine Minderung am wenigsten erforderlich sein. Kranken- und Unfallversicherung dagegen werden den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden müssen, wenn sie fernerhin ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen sollen.

Zweit dieser Ausführungen soll sein, einen Gedankenweg zu entwickeln, die von den drohenden Ereignissen vorgegebene und eine zweckmäßige Umgestaltung der Versicherungsanstalten vorgenommen werden kann. Da der Herr Ministerpräsident in seiner Proklamationsrede vor der Nationalversammlung eine große Reform der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Reichsversicherungsordnung, angekündigt hat, dürfte vielleicht die Entwidlung des folgenden Gedankenweges um so eher am Platze sein. Es kommen zwei Hauptgesichtspunkte in Frage, nach denen die Umgestaltung erfolgen kann.

Erstens: Aufbau auf breiterer Grundlage; zweitens: Sparmaßnahme in der Verwaltung. Beide Gesichtspunkte vereinigen sich in dem Grundgedanken: „Einer für alle, alle für einen.“

### I. Krankenversicherung.

Nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung sind bereits eine Anzahl Mängel aus der Krankenversicherung beseitigt worden. Insbesondere wurden die Gemeindekrankenkassen, kleinen Betriebskrankenkassen usw. den Orts- oder Landkrankenkassen überwiefen. Aber noch

bestehen viel zu viel Kassenanstaltungen. Neben Orts- beziehungsweise Landkrankenkassen bestehen in jeder mittleren Stadt, in größeren noch mehrere besondere Ortskrankenkassen, Innungs- und Betriebskrankenkassen. Wozu das kumulierte Bild? Die Ziele sind bei allen Kassen die gleichen: die Gewährung materieller und ärztlicher Hilfe bei Krankheiten. Diese Hilfe kann aber innerhalb eines größeren Bezirkes von einer Stelle aus allen Berechtigten gewährt werden. Vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls aus sollten doch Versuche, die weniger Krankheitsgefahren in sich bergen, andere Versuche, die eher einer Krankheitsgefahr ausgesetzt sind, unterstützen dadurch, daß eben die verschiedenen Versuche in einer Klasse vereinigt werden, wodurch sich die Beiträge ausgleichen und auf einem möglichst niedrigen Prozentsatz gehalten werden können. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, haben daher besondere Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen keine Berechtigung mehr. Es genügt vollkommen, wenn in einer Stadt von etwa 50 000 Einwohnern und mehr eine Ortskrankenkasse besteht, in der alle versicherungspflichtigen Personen zu versichern sind. Inwiefern Landkrankenkassen noch Berechtigung haben, wäre zu erwägen. Immerhin müßten auch diese auf möglichst breite Grundlage gestellt werden und mindestens einen, womöglich zwei Verwaltungskreise umfassen. Falls neben den Ortskrankenkassen Landkrankenkassen bestehen bleiben sollten, würde es sich trotzdem empfehlen, in überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden mit Städten unter 50 000 Einwohnern für den ganzen Kreisbezirk, einschließlich der Städte, nur eine Kassenart zu errichten. Entweder eine Bezirkskrankenkasse an Stelle der Ortskrankenkasse — der Name tut überhaupt nichts zur Sache — oder eine Landkrankenkasse. Jedemfalls eine Kassenart, in der die ganze arbeitende Bevölkerung eines oder zweier Verwaltungskreise versicherungspflichtig ist. Die An- und Abmelbung zur beziehungsweise von der Versicherung in den einzelnen Ortsstellen kann durch einfache Poststellen erfolgen. Der verschiedenartige Gesundheitszustand in den verschiedenen Berufsgruppen würde auf die Höhe der Beiträge besonders günstig einwirken.

Somit kommt die Ersparnis an Verwaltungskosten. Ohne besonderen Nachweis dürfte feststehen, daß große Kassenanstaltungen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl billiger verwaltet werden als kleinere Kassen. Dies leuchtet ohne weiteres ein; denn wenn die Verwaltungskosten mehrerer kleiner Kassen, bei denen die Verwaltung im Nebenumfang geschieht, zusammengestellt werden, so ist die Summe bestimmt größer als das Gehalt eines für die gleiche Zahl Kassen angestellten Berufsbeamten. Die Tätigkeit des Vorstandes kann sich bei so großen Kassen selbstverständlich nur auf die Festlegung von Richtlinien in der Verwaltung, auf Festsetzung der Beiträge, im übrigen nur auf reine Kontrolltätigkeit beschränken, während die eigentliche Verwaltung der Beamten übertragen bleiben muß, die der vorgelegten Dienstbescheide — dem Oberversicherungsamt — verantwortlich sind.

Die Leitung der Kasse müßte einem beamteten Verwaltungsdirektor übertragen werden, der jedoch kein Jurist zu sein braucht, aber den Vorbehalt im Vorstand zu übernehmen hätte. Der Leiter der Kasse ist der vorgelegten Dienstbescheide für die ordnungsmäßige Geschäftsführung verantwortlich und haftbar. Daraus folgt, daß die Beamten in der Eigenschaft als Kommunalbeamte angestellt werden müssen. Kassenanstaltungen auf solcher breiten Grundlage werden auch bei eintretenden Krisen leistungsfähig bleiben, ohne die Beiträge ins ungemessene steigern zu müssen wie gegenwärtig.

### II. Znvaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Wie schon erwähnt, würde bei den Landesversicherungsanstalten nicht viel geändert zu werden brauchen, höchstens daß die, die sich jetzt über kleinere Staaten erstrecken, mit benachbarten größeren Anstalten zusammengelegt werden könnten.

### III. Unfallversicherung.

Diese müßte vollständig umgestaltet werden; denn bei dieser machen sich die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse am meisten bemerkbar, und sie werden sich in den kommenden Jahren infolge der ungeheuren Abgaben noch weit fühlbarer machen. Träger der Versicherung müßten wie bisher die industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe bleiben, nur mit dem Unterschied, daß nicht nur gleiche oder verwandte Betriebe zu mehreren Versicherungsbeiträgen zusammengeschlossen werden, sondern es dürfte nur einen Versicherungsträger, die Reichsanfallversicherung, geben. Also der Aufbau müßte auf breiterer Grundlage, die von sämtlichen versicherungspflichtigen Betrieben des Deutschen Reiches gebildet wird, geschehen. Die Einrichtung ist wie folgt gedacht: 1. Verwaltungskreis: a) Ortsverwaltung, die an die jetzigen Versicherungsämter angegliedert werden können; b) Bezirksverwaltungen, die entweder Regierungsbezirke oder Provinzen, einzelne oder mehrere Gliedstaaten umfassen; c) Hauptverwaltung, die sich über das ganze Reich erstreckt. 2. Reichsbeiräte:

a) Versicherungsämter wie bisher, die auch gleichzeitig die unteren Verwaltungsstellen zu erledigen hätten; b) Oberversicherungsämter wie bisher; c) Reichsversicherungsamt wie bisher als oberste Instanz im Versicherungswesen.

Bei dieser Einrichtung hätten natürlich die Berufsgenossenschaften aufgehört, zu bestehen, aber es kommt ja schließlich auch nicht darauf an, Einrichtungen, die durch die Inangriffnahme der Verhältnisse in Gefahr sind, einzugehen. Hinsichtlich am Leben zu erhalten, sondern es liegt doch im Interesse der Allgemeinheit, bestehende Einrichtungen umzugestalten und ihnen neues Leben zu geben. Und dies würde geschehen nach dem vorher angeführten Gesichtspunkt. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Einrichtung der Betriebskrankenkassen und Versicherungsanstalten werden soll. Darüber später mehr. Grundfah ist, daß sämtliche Betriebe des Deutschen Reiches die Kosten gleichmäßig zu tragen haben im Verhältnis zur gezahlten Lohnsumme ohne Einrichtung besonderer Gefahrenklassen. Dadurch wird erreicht, daß, falls ein Industrie- oder Gewerbebezirk einmal eine Zeitlang handtief liegt, die Kosten von dem andern Industrie- und Gewerbebezirk mitgetragen werden. Fälle, wie sie jetzt bestehen, daß die Rücklagen kleiner Berufsgenossenschaften, deren Mitglieder keine Freizustellungen auszuführen hatten, keine ausgeteilt sind, während die Rücklagen anderer Berufsgenossenschaften, deren Betriebe hauptsächlich in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, noch nicht angegriffen sind, können dann nicht mehr eintreten. Der Gemeinfinn des Grundgedankens: „Einer für alle, alle für einen“ bewahrt sich dann erst im wahren Sinne des Wortes. Gefahrenklassen sind bei der großen Masse der Betriebe, deren Lohnsumme an einer Stelle berechnet wird, überflüssig. Der Wert der Gefahrenklassen steht heute schon, so sein sie auch ausgeteilt sind, in keinem Verhältnis zu der Arbeit, die sie bei Betriebsunternehmern wie Berufsgenossenschaften verursachen. Und es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß die Betriebsunternehmer dem Zeitpunkt dankbar sind, von dem es sie von der unbilligen Umrechnung der Wochenlohnsummen und der Jahreslohnsummen in die Gefahrenklassen befreit sind, weil damit viel Zeit und damit zusammenhängende Unkosten erspart werden.

Auf den großen Zeitaufwand und die damit zusammenhängenden Unkosten, die die Berechnung der Beiträge nach den einzelnen Lohnsummen der verschiedenen Gefahrenklassen bei den Berufsgenossenschaften verursacht, sei besonders verwiesen. Die Unkosten fallen fort bei Wegfall der Gefahrenklassen. (Ersparung einer großen Zahl Beamter.) Auch die Lohnsummen würden sich bedeutend einfacher und billiger durchprüfen lassen. Daß die Einrichtung kein den Tatsachen entsprechendes Bild über die wirkliche Lohnzahlung und Verteilung der Kosten gibt, sei nur an 2 Beispielen erwiesen: In einer Ziffermühl mit Maschinenbetrieb benutzt ausnahmsweise ein Ziffermühl, der nicht an der Maschine arbeiten soll, letztere trotzdem und vertritt sich schwer. Er hat die Maschine kaum 2 Minuten benutzt, also nur 2 Pfennige an Lohn, der infolge dessen in der Gefahrenklasse für Maschinenarbeiten gar nicht nachgewiesen wird, verdient, aber die Gefahrenklasse mit einem schweren Unfall befaßt. Der Betriebsunternehmer weiß schließlich auch die wahren Kosten nicht. Die Folge ist, daß bei der nächsten Prüfung des Gefahrenrisikos die Gefahrenklasse für Maschinenarbeiten immer höher steigt, weil einerseits die Löhne nicht richtig nachgewiesen werden, andererseits die Gefahrenklasse durch Zufallsumfälle immer mehr befaßt wird. In einem Mauerbetrieb besetzt ein Mauerer ein Dach aus, stürzt dabei ab und verletzt sich schwer. Der Unternehmer des Mauerbetriebs gibt aber keine Dachbedeckung an, weil der Unfall befaßt aber die das Dach gestiegen war. Der Unfall befaßt aber die Gefahrenklasse für Dachbedeker, und die Unternehmer des Dachbedekerbetriebs müssen den Unfall zu ihrem Reibeweise zum größten Teil bezahlen. Diese beiden Fälle zeigen schon, daß es zweckmäßiger und einfacher ist, alle gezahlten Löhne gleichmäßig zu behandeln und nicht erst in besondere Gefahrenklassen umzurechnen.

Also noch einmal, die Lohnsummen sämtlicher versicherungspflichtiger Betriebe des Deutschen Reiches sind an einer Stelle — der Hauptverwaltung der Reichsanfallversicherung — ohne Gefahrenklassen zu verrechnen, einzig zu erwägen wäre, ob die Landwirtschaft besonders behandelt werden sollte. Diese besondere Behandlung könnte sich natürlich nur auf die Feststellung der Beiträge beziehen und auf die Berechnung der Beiträge beziehen.

Die räumlichen Abgrenzungen und Aufgaben der Verwaltungsstellen sind wie folgt gedacht: 1. Ortsverwaltung. Deren Aufgaben sind gering und könnten, wie bereits erwähnt, den jetzigen Versicherungsämtern übertragen werden. Neben den Obliegenheiten, die den Versicherungsämtern durch die Reichsversicherungsordnung bereits zugewiesen sind, würde die ganze Verwaltungstätigkeit hauptsächlich bestehen in der Einziehung der Jahreslohnsummen und deren Weiterleitung an die Ver-



zirksverwaltung. Außerdem hätten sie die wenigen Ob-  
liegenheiten, die jetzt noch von den Vertrauensmännern  
einzelner Berufsvereinigungen zu erledigen sind, zu über-  
nehmen. 2. Bezirksverwaltungen. Diese wür-  
den den heutigen Hauptverwaltungen der Berufsvereini-  
gungen entsprechen. Sie würden sich über Regierungs-  
bezirke, Provinzen, einzelne oder mehrere Gliedstaaten er-  
strecken. Ihre Größe würde am zweckmäßigsten ungefähr  
nach der Zahl der Versicherten bemessen, so daß jede Be-  
zirksverwaltung möglichst eine gleich große Zahl Versicher-  
ter umfaßt. Jedoch müßten grundsätzlich ihre Grenzen mit  
denjenigen der staatlichen Versicherungsbehörden zusamen-  
fallen. Wie schon erwähnt, würden sie die Aufgaben der  
heutigen Berufsvereinigungen zu übernehmen haben,  
also besonders die Führung eines Betriebsverzeichnis, Ein-  
ziehung der Jahreslohnabrechnung, Berechnung und Ein-  
ziehung der Beiträge — nicht Festsetzung der Beitrags-  
einkünfte —, Festsetzung der Renten, Berechnung mit den  
Richtlinien, Ueberweisung ihrer Jahresabrechnung an  
die Hauptverwaltung, teilweise Herausgabe von Unfall-  
berichtigungsbescheiden und Betriebsüberwachung. Letztere  
beiden Aufgaben werden unter dem Abschnitt „Hauptver-  
waltung“ eingehender besprochen. Auch die Befreiung  
von Betriebsunternehmern wegen Verlustes gegen gesetz-  
liche, Satzungs- und Unfallberichtigungsbescheiden wäre  
Angelegenheit der Bezirksverwaltung. 3. Hauptver-  
waltung. Diese umfaßt, wie bereits erwähnt, das  
ganze Reich. Ihre Obliegenheit würde hauptsächlich in  
der Berechnung der ganzen in einem Jahre von allen Be-  
trieben des Deutschen Reiches gezahlten Lohnsumme be-  
stehen. Jede Bezirksverwaltung hat nach Jahresfluß die  
in ihrem Bezirk gezahlte Lohnsumme, die ausgesetzten  
Renten und ihre Verwaltungskosten der Hauptverwaltung  
einzureichen. Letztere berechnet daraufhin unter Ein-  
ziehung ihrer eigenen Verwaltungskosten die im verflo-  
senen Jahre im ganzen Reich für Unfallversicherung er-  
forderlich gewesene Summe und berechnet die Beitrags-  
einkünfte für 1.100 oder 1.100 Rohn. Diesen Einkünften  
gibt die Hauptverwaltung den Bezirksverwaltungen an,  
die dann die Berechnung der Beiträge, Abrechnung mit den  
Betrieben und Einziehung der Beiträge vornehmen. Die  
nächste Obliegenheit der Hauptverwaltung wäre der Er-  
lass von Unfallberichtigungsbescheiden, die Aufsicht über die Be-  
triebsüberwachung beziehungsweise die Ausübung dieser  
selbst.

Der Erlass der Unfallberichtigungsbescheiden in der  
gegenwärtigen Form, daß von jeder Berufsvereini-  
gung, also für Betriebe mit gleichartigen Gefahren, Bescheide  
herausgegeben werden, hat sich bewährt und müßte auch  
in Zukunft beibehalten werden. Dies bedingt, daß die  
Bescheide von der Hauptverwaltung aus erlassen werden  
müssen, und nur für Gewerbe, in denen Ortsräte  
herrschen, zum Beispiel im Baugewerbe, müßten die Be-  
scheiden von den Bezirksverwaltungen erlassen werden  
können. Aber auch hier unter Einhaltung von Richtlinien,  
die von der Hauptverwaltung angegeben werden und  
gleiche Gefahren in den Betrieben berücksichtigen. Bei dem  
Erlass von Unfallberichtigungsbescheiden müßten, wie bis-  
her, technische Aufsichtsbemittel, Betriebsunternehmer  
und Versicherte zusammenwirken. Zu diesem Zweck wären  
Ausgänge von Betriebsunternehmern und Versicherten zu  
bilden, die je nach Bedarf von der Hauptverwaltung oder  
einer Bezirksverwaltung von der zuständigen Bezirksverwaltung  
einberufen werden.

Die Betriebsüberwachungen müßten ebenfalls aus  
Zweckmäßigkeitsgründen ungefähr in derselben Weise wie  
bisher bestehen bleiben, also daß die Betriebe mit gleichen  
Gefahren besonderen technischen Aufsichtsbemitteln unter-  
stellt werden. Dies bedingt, daß sich der Aufsichtsbereich  
eines technischen Aufsichtsbemittels über mehrere Be-  
waltungsbezirke erstrecken würde, mit Ausnahme beim  
Baugewerbe, bei dem wahrscheinlich innerhalb des Bezirks  
eine Bezirksverwaltung mehrere technische Aufsichtsbemittel  
angestellt werden müßten.

Damit den Betriebsunternehmern Einfluß auf die  
Verwaltung gewahrt bleibt, könnte bei der künftigen Reichs-  
unfallversicherung dieselbe Einrichtung, wie sie bei den  
Landesversicherungsanstalten besteht, eingeführt werden,  
daß also ein Vorstand, bestehend aus beamteten und nicht-  
beamteten Mitgliedern (Betriebsunternehmern), unter  
einem beamteten Vorsitzenden der Reichsunfallversicherung  
vernommen. Da die Betriebsunternehmer auch an den Be-  
zirksverwaltungen in irgendeiner Weise beteiligt werden  
könnten, wäre zu erwägen. Der Leiter einer Bezirksver-  
waltung könnte jedoch nur ein Beamter sein. Die leitenden  
Beamten müssen der vorgesetzten Dienstbehörde — dem  
Reichsversicherungsamt — verantwortlich und haftbar sein,  
während alle übrigen Beamten ihrer Behörde — der Be-  
zirks- beziehungsweise Hauptverwaltung — verantwortlich  
sind. Daraus folgt, daß die Beamten der Reichsunfall-  
versicherung nur in der Eigenschaft als Reichsbeamte an-  
gestellt werden können.

An den gegenwärtigen Versicherungsbehörden, die  
später vielleicht „Rechtsbehörden in Versicherungsangelegen-  
heiten“ genannt werden könnten, brauchte sich wesentliches nicht

zu ändern. Nur den veränderten Verhältnissen bei der  
Kranken- und Unfallversicherung müßte auch bei den Ver-  
sicherungsbehörden Rechnung getragen werden.

Weitere Ausführungen über diese Angelegenheit, ins-  
besondere auch über die gegenwärtigen und zukünftigen  
Möglichkeiten usw., sollen jetzt nicht gemacht werden, um nicht  
aus Mangel zu geraten. Es sollte hier nur, wie bereits  
eingangs erwähnt, in großen Zügen ein Gedanke er-  
läutert werden, auf welche Weise die deutsche soziale Ver-  
sicherung verbessert werden kann. Wenn erst bei allen  
Beteiligten die Einsicht Platz greift, daß infolge der Un-  
gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Besserung der  
Versicherungseinrichtungen herbeigeführt werden muß,  
selbst dann, wenn dies nur unter Zurückstellung persön-  
licher Interessen geschehen kann, so wird der Vereini-  
gung und Zusammenlegung des großen Wertes der  
Reichsunfallversicherung niemand ernstliche Hindernisse in  
den Weg stellen. Denn es dürfte feststehen, daß neben den  
erwähnten gewaltigen Ersparnissen, die von Betriebsunter-  
nehmern sowohl wie von den Verwaltungen erzielt werden,  
nach einer durchgreifenden Reform in dem vorgeschlagenen  
Sinne die Reichsunfallversicherung auf eine gesunde  
Grundlage zu stehen kommt und damit müßliche Verhält-  
nisse, wie sie gegenwärtig bestehen, nicht wieder eintreten  
können. Die deutsche Arbeiterversicherung wird dann auch  
fernerhin, wie vor dem Kriege, nicht nur zum Wohle der  
arbeitenden Bevölkerung, sondern zum Wohle der Volk-  
sgesundheit, also dem großen Allgemeinwohl dienen, trotz  
der schweren Zeiten.

### Bauarbeitergenossenschaften in Italien.

Von R. Bossi, Karlsruhe.

Die italienischen Genossenschaften bringen den Produkti-  
onsgenossenschaften ein viel größeres Interesse entgegen als  
wir in Deutschland. Bei uns besteht es jahrzehntelanger  
Auseinandersetzungen, ehe Partei und Genossenschaft  
überhaupt die Existenzberechtigung der Genossenschafts-  
bewegung anerkennen. Und heute noch beschränkt sich die  
Diskussion in unserer Presse beinahe ausschließlich auf die  
Konsumgenossenschaften. Wenn das in Italien  
anders ist, so liegt der Grund dafür in erster Linie darin,  
daß dort die Genossenschaften in den Genossenschaften eine  
wirkliche Rolle spielen zur Durchführung ihrer wirt-  
schaftlichen Kämpfe, die um so höherwertiger ist, als die  
erhalten geblieben ohne Ausnahme finanziell auf sehr  
schwachem Fuße stehen. Nicht ohne Einfluß ist auch die  
andere gezielte Verfassung der italienischen Genossenschaft-  
schaften, die ihren Schwerpunkt in den Ortsvereinen  
haben, deren Zusammenhang mit dem Landesverband noch  
sehr viel loser ist als bei uns.

Man und ausführlich ausgedrückt sind die Beziehungen  
zwischen den beiden Zweigen der Arbeiterbewegung in  
Italien durch die Resolution, die im Jahre 1910 von dem  
8. Kongreß des italienischen Bauarbeiterverbandes nach  
gründlicher Diskussion angenommen wurde. Nachdem in  
dieser Entscheidung einleuchtend gesagt ist, daß die Genossenschaftsbewegung nachdrücklich gefördert werden müsse,  
weil sie die vollkommenste und würdevollste Form der Er-  
ziehung des Proletariats zur Uebernahme der Pro-  
duktionsmittel und zur Ausschaltung jeglicher Ausbeutung  
ist, spricht sie in ihrem zweiten Teile aus, daß die beiden  
Zweige der Arbeiterbewegung stets im engsten Zusammen-  
hang miteinander vorgehen und sich fortbilden und mora-  
lisch und finanziell unterstützen sollen. Der  
Kongreß erkennt nur solche Genossenschaften als auf dem  
Wohle der Klassenbewegung beruhend an, die

- a) nur aus solchen Mitgliedern bestehen, die dem Ge-  
werbe oder Handwerk angehören, das die Genossenschaft ausüben will, und die ferner regelrechte Mit-  
glieder ihrer Berufsorganisation sind;
- b) die bei den von den öffentlichen Gewalten überwiesenen  
Arbeitsarbeiten auch den Nichtmitgliedern  
der Genossenschaft die Möglichkeit der turnus-  
mäßigen Beschäftigung geben, sofern sie organi-  
siert sind;
- c) die bei Bedarf an Ausschiktskräften nur solche ein-  
stellen, die der Organisation angehören;
- d) die die Genossenschaftsanteile nicht zu hoch ansetzen  
und ihre zatenweise Eingahlung zugestehen, damit  
auch der Minderbemittelte als Mitglied eintreten  
kann;
- e) die einen Teil des Reingewinnes zu sozialen Zwecken  
benutzen, indem sie: entweder einen Beitrag von  
nicht weniger als 10 Cent für jedes Mitglied und  
Jahr an die Kasse des Bauarbeiterverbandes zahlen,  
oder ihre Mitglieder bei der staatlichen Alters-  
und Invalidenrente versichern, oder Fachschulen gründen  
oder bestehende unterstützen;
- f) die keine Schmutzkonturen treiben;
- g) die sich verpflichten, den Streik innerhalb des Ge-  
werbes und Landes der Streikenden abwehrungsweise  
zu beschließen, soweit dies technisch möglich ist.  
Ferner müssen die Genossenschaften während der  
Dauer solcher Streiks den bei ihnen Beschäftigten

einen Ergänzungsbeitrag zugunsten der Streikkasse ab-  
geben.

Demgegenüber haben der Verband und seine Orts-  
vereine die Pflicht, eine intensive Agitation unter seinen  
Mitgliedern zu betreiben, um den Eintritt in die Genossenschaft  
zu erleichtern und die Pflicht- und Verantwortlich-  
keitsgefühl der Arbeiter gegenüber der Genossenschaft zu  
wecken und zu pflegen. Die Genossenschaft hat ferner alle  
Streitigkeiten zu schlichten, die zwischen einzelnen Mit-  
gliedern oder zwischen Mitgliedern und Genossenschaft ent-  
stehen, unter Zugrundelegung eines Vertreters des Landesver-  
bandes der Genossenschaften. Während des Schlichtungs-  
verfahrens dürfen weder Entlassungen noch Arbeitsent-  
stellungen stattfinden.

Bei Streiks am Orte sollen die Genossenschaften in der  
Regel die Arbeit fortsetzen, abgesehen von den Fällen, in  
denen aus organisatorischen Gründen in den ersten Tagen  
vollständige Arbeitsruhe angebracht erscheint. Während der  
Dauer des Streiks befaßt die Genossenschaft den bisherigen  
Zweck, mit der Verpflichtung, die erzielten Lohnzuschüsse  
nachzugeben. Im übrigen ist die Genossenschaft verpflichtet,  
im Einverständnis mit der Genossenschaft alles zu tun, was  
ihren Stellung gegenüber den Unternehmern, den Be-  
höörden usw. nützlich kann.

Wie sich die Sache in der Praxis gestaltet, mögen  
die beiden folgenden Beispiele zeigen. Im Jahre 1910  
waren die Maurer und Hilfsarbeiter der Stadt Reggio  
Emilia in eine Lohnbewegung eingetreten, die nach  
monatelangen Verhandeln zum Streik zu führen schien.  
Die dort bestehende, gut entwickelte Maurergenossenschaft  
traf aber bei Zeiten energische Maßnahmen, die dann den  
unerwarteten Erfolg hatten, daß die Unternehmer im  
letzten Augenblick sämtliche Forderungen der Arbeiter be-  
willigten, obwohl die gewerkschaftliche Organisation  
der Bauarbeiter am Orte sehr viel zu wünschen übrig  
ließ. Ein großer Teil der im Gange befindlichen Arbeiten  
würde bei einem Streik der Genossenschaft übertragen  
worden, und gerade die leistungsfähigsten Unternehmer  
würden dadurch für das ganze Baujahr auf Trabense ge-  
setzt werden.

Nach langem trat die Unterzeichnung der Genossenschaft  
in Erscheinung bei dem im gleichen Jahre ausge-  
brochenen Streik der Mailänder Bauarbeiter. 20.000 Arbeiter  
hatten damals die Arbeit niedergelegt, und ihre Unter-  
stützung wurde von Woche zu Woche schwieriger. Da trat  
der Verband der Mailänder Produkti-  
onsgenossenschaften auf den Plan und brachte durch wech-  
selnde Maßnahmen eine für die dortigen Verhältnisse ge-  
waltige Summe auf, die 15 dem Verbande angehörenden  
Bauarbeitergenossenschaften (außer den Maurern  
die Schreiner, Maler, Schreiner usw.) geben ein halbes  
Prozent des Betrags der im laufenden Jahre ausgesetzten  
Arbeiten; sie bestellten ihnen Arbeiter während des  
Streiks 15 v. H. ihres Tagelohnes zugunsten der Streik-  
kasse ein; sie führten an diese ferner die Beiträge, die  
in ihrem letzten Jahresabschlüssen vorgelesen waren für  
soziale Zwecke. Diese beschafflichen ferner sozialer Zwecke,  
als es ihnen nur irgend möglich war und befreuten auch  
diese mit einem entsprechenden Lohnangebot für die im  
Streik befindlichen Kollegen. Auf diese Weise lieferten sie  
an die Verbandskasse 44.427,04 Lire ab. Die Genossenschaft  
der Maurer, die bei dieser Summe schon mit rund  
19.000 Lire beteiligt war, gab der Verbandskasse außerdem  
noch ein Darlehen von 48.250 Lire. Mit weiteren  
310,50 Lire, die von dem Verband des Mailänder Genossenschaftsverbandes aufgebracht wurden, und 2000 Lire,  
die die übrigen Produktiogensgenossenschaften Mailands beisteuerten,  
betrug die Gesamtsumme, die von dieser Seite kam,  
rund 94.000 Lire. Der Streik kostete insgesamt 244.000  
Lire, so daß ein sehr erheblicher Teil davon und damit der  
gute Ausgang des Streiks den Genossenschaften zu  
danken ist.

Die obigen Zahlen sind aber nicht nur ein glänzendes  
Zeugnis für den Geist, der in der Genossenschaftsbewegung  
Italiens herrscht, sondern sie beweisen auch die Leis-  
tungsfähigkeit, insbesondere der Mailänder Maurer-  
genossenschaft. Auch hier muß ich die Frage wiederholen:  
Soll das bei uns nicht möglich sein, jetzt, da  
wir politische Ellenbogenfreiheit errungen haben, wo wir,  
im Gegensatz zu unseren italienischen Kollegen, und finan-  
ziell gerade fühlen durch die Gewerkschaften, und endlich  
mit einer Bautätigkeit vor uns, wie sie vielleicht die Ge-  
sellschaft noch nie gesehen hat?

### Verstaatlichung der Baustoffherstellung in Gotha.

In seiner Sitzung vom 23. Oktober verhandelte der Land-  
tag über folgenden einstimmigen Antrag der Verwaltungskommission:

Die Landesversammlung wolle beschließen, die Landes-  
regierung zu ersuchen, durch eventuelle Uebernahme beschie-  
denen Privatbetriebe auf dem Gebiete der Baustoffherstellung  
in die Staatsverwaltung oder durch Gründung eigener  
Betriebe eine ausreichende Belieferung und eine Verbilli-  
gung der notwendigen Baustoffe für den Kleinwohnungs-  
bau herbeizuführen.

Der Antrag wurde durch den Abgeordneten Mantel...

Herpflitterung die Organisation auf dem Lande und in den...

Familien nicht unterhalten. Wir haben daher unter den...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Erhebungsergebnis vom 10. November. In 789 Vereinen meldeten sich von 422 659 Mitgliedern...

Table with columns: Name des Bezirks, Mitglieder in den Jahren (1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919).

Alle Bezirksvereine, Frankfurt ausgenommen, haben ihre...

Table with columns: Bezirk, Mitglieder, etc. Includes rows for Königsberg, Bismarck, etc.

Table with columns: Name des Berufs, Mitglieder, etc. Includes rows for Maler, Schlosser, etc.

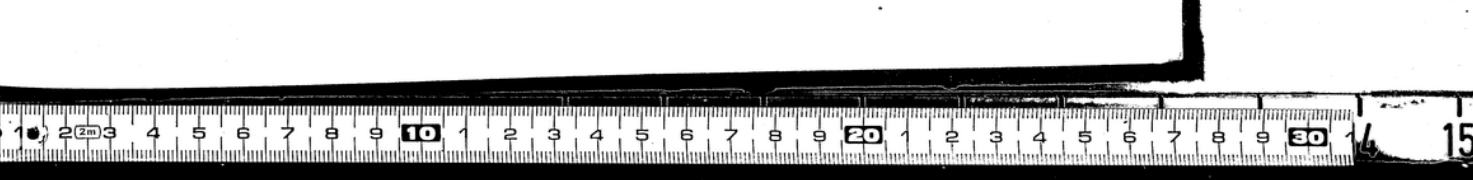
Table with columns: Name des Berufs, Mitglieder, etc. Includes rows for Tischler, Klempner, etc.

Berichte.

Bezirk Frankfurt. Der Bezirk erfüllt wirtschaftlich in...

Nach der Zusammenfassung entfällt die gesamte Mit...

Donn. Vor etwa einem Jahre beschloß in Troisdorf eine...



im Baugewerbe keine Arbeit finden können. Die Arbeitslosigkeit der ungernehten Bauarbeiter würde auch sehr vermindert, weil zahlreiche berufsfremde Arbeiter im Baugewerbe Beschäftigung nehmen und so den wirtschaftlichen Bauarbeitern die Lage erleichtern. Auf diesen Umstand sei es zurückzuführen, daß unsere Kollegen in großer Zahl in anderen Gewerben Arbeit suchen müssen. Ganzam sei es auch zurückzuführen, daß wir durch Uebertritte allein im 3. Quartal 790 Mitglieder an andere Gewerkschaften abgegeben wurden. Gegenwärtig haben wir einzelne Arbeitsstätten, hauptsächlich in Ziehungsbetrieben, wo 80 und mehr Prozent berufsfremde Arbeiter beschäftigt sind, die an dem freien Gewerkschaften angehören. Es seien dies Mühlwerke, die in unfern heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Begründung finden, aber auf die Dauer unrentabel würden. Deshalb müßten wir mehr als bisher darauf halten, daß berufsfremde Arbeiter, die im Baugewerbe Beschäftigung finden, den Beschäftigten des Gewerkschaftsangeschlossenen entsprechend, zu unfern Verbänden übergeschrieben werden. Es liege auch im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, wenn jeder Arbeiter nach Möglichkeit in seinem Beruf beschäftigt wird. Deshalb müßte mehr als bisher der Grundlag vertreten werden, daß auf die vorhandene Bauarbeit in erster Linie die organisierte Bauarbeiterschaft Anspruch habe.

Unser Mitgliederbestand hat gegen das vorige Quartal eine geringe Abnahme erfahren. Am 30. Juni hatten wir 9038 und am 30. September 8609 Mitglieder. Dies ist auf die oben geschilderten Verhältnisse und auf den Umstand zurückzuführen, daß wir über 200 Mitglieder an den neugegründeten Bezirksverein Esslingen abgegeben haben. Die Agitation wurde lebhaft betrieben und 1924 neue Mitglieder aufgenommen, außerdem hatten wir 559 Uebertritte aus anderen Verbänden. Dies ist vor allem auf den besten Ausbau des Baudelegiertenvereins zurückzuführen. Es fanden außer städtischen Mitgliederberatungen im Quartal 3 Baudelegiertenversammlungen statt, die durchschnittlich von 200 Delegierten besucht waren. Die durchsichtliche begonnene Agitation für den syndikalistisch-kommunistischen sogenannten Allgemeinen Arbeiterverein scheint zu erkalten. Ebenfalls hat dieser Verein im 3. Quartal Baugewerbe seinerzeitigen Bezirksverein Esslingen abgegeben. Die Agitation wurde lebhaft betrieben und 1924 neue Mitglieder aufgenommen, außerdem hatten wir 559 Uebertritte aus anderen Verbänden. Dies ist vor allem auf den besten Ausbau des Baudelegiertenvereins zurückzuführen. Es fanden außer städtischen Mitgliederberatungen im Quartal 3 Baudelegiertenversammlungen statt, die durchschnittlich von 200 Delegierten besucht waren. Die durchsichtliche begonnene Agitation für den syndikalistisch-kommunistischen sogenannten Allgemeinen Arbeiterverein scheint zu erkalten. Ebenfalls hat dieser Verein im 3. Quartal Baugewerbe seinerzeitigen Bezirksverein Esslingen abgegeben.

Der Kassierer, Kollege Böhm, gab den Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 104 582,30. An die Einnahme wurden abgeführt M. 74 814,82. An Streifenunterstützung hatte die Kasse zu zahlen M. 18 127,53, Arbeitslosenunterstützung M. 4616,05, Krankenunterstützung M. 8939,30, Sterbengeldunterstützung M. 906, Delegationen M. 178,60. Die Einnahme der Zollekasse betrug M. 81 426,14, die Ausgabe M. 22 901,51, Bestand M. 49 124,63. Dem Kassierer wurde einmündige Entlastung erteilt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, die Kasse zu zahlen M. 1. Januar 1920 an M. 1,50 für alle erwachsenen Mitglieder, die den tarifmäßigen Lohn verdienen, festzusetzen. Dieser Betrag der Beitrag M. 1,50 für gelehrte und M. 1,25 für ungelernete Arbeiter. Künftig sollen sowohl Beiträge als auch Unterstützungsätze für alle Kollegen gleich sein, da der Lohnunterschied so gering ist, daß sich ein Beitragsunterschied nicht mehr rechtfertigen läßt. Ferner wurde beschlossen, daß alle nicht an der Arbeitslosenunterstützung im September beteiligten Kollegen 6 Entlastungsbeiträge à M. 1 zahlen. Außerdem müssen alle Mitglieder in den Monaten November und Dezember je eine Extramarke von M. 1 haben. Abgenommen sind die Jugendlichen, die nicht mehr als 50 pzt. des Lohnes der Gewerkschaften verdienen. Die Verammlung beschloß ferner, daß von jetzt ab bei Arbeitslosenunterstützung der statistischen Arbeitslosenunterstützung ebenso wie aus der Hauptkasse, 50 pzt. aus der Zollekasse zugeführt werden. Dieser Beschluß läßt sich nur dann durchführen, wenn alle Kollegen, soweit sie dazu verpflichtet sind, die Entlastungsbeiträge entrichten. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei der letzten Bewegung über M. 24 000 zu der statistischen Unterstützung aus der Zollekasse bezahlt worden sind. Das Eintrittsgeld wurde von M. 2 auf M. 3 erhöht von 1. Januar 1920 an. Da noch wichtige Anträge über Lohnfragen eingereicht waren, wurde die Verammlung verlagert. Die Tarifverträge, das Ortsstatut und das Baudelegiertenregulativ sind nunmehr erschienen und können in Empfang genommen werden.

Unsere Generalversammlung vom 9. November fand am 19. November im Coloniahause ihre Fortsetzung. Die gutbesuchte Verammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der gegenwärtigen Lage der Bauarbeiterschaft und beschloß nach gründlicher Aussprache, sofort an die Arbeitsgeberverbände des Hoch- und des Ziehungsbereiches wegen einer weiteren Zeuerungszulage heranzutreten. Und zwar soll für das Lohngebiet Köln am 1. Dezember 1919 eine weitere Zeuerungszulage von 40 pzt. eintreten; mit der im Herbst bewilligten Zulage von 20 pzt. soll die gesamte Zulage 60 pzt. betragen. Nach dieser Fortsetzung würden dann am 1. Dezember als nächstes M. 250 + M. 150 (60 pzt.) = M. 4. Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter erhalten wie bisher die Stunde 10 A weniger. Eine ausführliche Begründung bedarf diese Fortsetzung nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse nicht. Die Unternehmer werden die besonders leipster Zeit in freigelegtem Maße eingetretene weitere Verteuerung des Lebensbedürfnisses allgemein betreiben wollen. Die Verammlung erwartet, daß ihre Fortsetzung als vollberechtigt anerkannt wird und die Unternehmer gewillt sind, der großen Notlage der Bauarbeiterschaft Rechnung zu tragen. Der Staat, die Gemeinden und die Eigenart des Baugewerbes sowie Wirtschaftsverhältnisse allgemein schwerlich durchzuführen läßt, erwartet die Bauarbeiterschaft um so dringlicher, daß eine der Zeuerung entsprechende Zulage bewilligt wird.

Danzig. Am 16. November tagte die Generalversammlung unseres Bezirksvereins. Kollege Will erstattete den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß wir am Ende des 3. Quartals 3039 Mitglieder hatten gegen 3142 am Schluß des 2. Quartals. Im Laufe des Quartals sind eingetreten 821 Mitglieder, zugewandert 34, aus andern Verbänden übergetreten 119, vom Heredentium zurückgemeldet und aus Kriegsgefangenschaft zurückgeführt 13 Kollegen. Abgemeldet haben sich 111, nicht abgemeldet 198, gestorben sind 4, ausgetreten sind 70, wegen Schuiden wurden gestrichen 201 Mitglieder. Die Abnahme der Mitgliederzahl ist auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Dann auch auf das Treiben der Geistlichen, die uns in Weisheit fast alle Mitglieder abtrieben. Die Zeuerungszulagen machten 33 Verhandlungen nötig. Eine erhebliche Anzahl von Kollegen war an Streiks in andern Berufen beteiligt. Kollege Will wies nochmals auf die bald bevorstehende Trennung Danzigs vom deutschen Mutterlande hin. Schwere Kämpfe mit den besonders reaktionären Unternehmern stehen uns bevor. Nur wenn die Kollegen einig und sich ihrer Zukunft bewußt sind, werden wir diese Kämpfe gut überleben. Den Kassenbericht erstattete Kollege H a b. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen M. 27 127, die Ausgaben M. 27 220,85. Die Zollekasse hatte M. 28 461,51 Einnahmen und M. 29 278,05 Ausgaben. Der Zollekassenbestand betrug M. 15 534,52. Die obengenannte Mitgliederzahl setzte sich nach Berufen wie folgt zusammen: 1321 Hilfsarbeiter, 899 Maurer, 809 Erdarbeiter, 11 Statistiker, 6 Jemenier und Betonarbeiter, 2 Pfostenleger, 2 Isolierere, 70 Jugendliche und 11 Spawidler. Ferner auf referierte Kollege B r i l l über das B r e i t e b e r e i c h. In dem. Seine Ausführungen gingen dahin, daß für das Baugewerbe die Baudelegierten die Betriebsräte seien. Dies System brauche nur noch ausgebaut zu werden. Eine Aussprache fand darüber nicht statt. Der Kollege K l e i n b e r g referierte Kollege B r i l l über das B r e i t e b e r e i c h. Er ermunterte die Kollegen, auch in Danzig diesen Kampf die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. In der Aussprache waren alle Redner der gleichen Ansicht. Dem Vereinsvorstand wurde aufgegeben, die notwendigen Vorbereitungen für die Gründung einer Gewerkschaft in Danzig zu treffen. Gegen 11 Uhr. Seine Ausführungen gingen dahin, daß für das Baugewerbe die Baudelegierten die Betriebsräte seien. Dies System brauche nur noch ausgebaut zu werden. Eine Aussprache fand darüber nicht statt. Der Kollege K l e i n b e r g referierte Kollege B r i l l über das B r e i t e b e r e i c h. Er ermunterte die Kollegen, auch in Danzig diesen Kampf die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. In der Aussprache waren alle Redner der gleichen Ansicht. Dem Vereinsvorstand wurde aufgegeben, die notwendigen Vorbereitungen für die Gründung einer Gewerkschaft in Danzig zu treffen. Gegen 11 Uhr.

Darmstadt. Am 2. November tagte die Generalversammlung unseres Bezirksvereins, in der 41 Delegierte und 6 Vorstandmitglieder anwesend waren. Kollege Will äußerte sich zunächst über den Verlauf der Lohnbewegungen, deren große Zahl darauf zurückzuführen ist, daß die Bauarbeiter während der Kriegszeit am schlechtesten entlohnt wurden. Am Zielsetzungswort über das B r e i t e b e r e i c h. Gegen 11 Uhr. Seine Ausführungen gingen dahin, daß für das Baugewerbe die Baudelegierten die Betriebsräte seien. Dies System brauche nur noch ausgebaut zu werden. Eine Aussprache fand darüber nicht statt. Der Kollege K l e i n b e r g referierte Kollege B r i l l über das B r e i t e b e r e i c h. Er ermunterte die Kollegen, auch in Danzig diesen Kampf die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. In der Aussprache waren alle Redner der gleichen Ansicht. Dem Vereinsvorstand wurde aufgegeben, die notwendigen Vorbereitungen für die Gründung einer Gewerkschaft in Danzig zu treffen. Gegen 11 Uhr.

Darmstadt. Unser Bezirksverein hielt am 16. November seine Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes gab Kollege W d l e r. Im verflochtenen Quartal ist die steigende Tendenz der Preise für Bedarfsartikel geblieben. Die fortwährende Veränderung der Verhältnisse zu Ungunsten unserer Kollegen ließen sehr viele fruchtige Früchte entfallen. In vielen Fällen waren die anscheinend vorliegenden materiellen Interessen einzelner Kollegen die Ursache. Unser Bestreben war zunächst, für alle Sektionen die Zeuerungszulagen zu regeln. Dieses ist geschehen. Die kurze Winterzeit wurde durch Verpöndung auf 7 Stunden verlängert. Obgleich Aufkandheit, mit Ausnahme einer Sektion, kein Vertrag nicht getätigt ist, ist es Unternehmern oder Baufirmen in einzelnen Fällen doch gelungen, Kollegen zur Aufkandheit zu bewegen. Derartige Fälle sind zu meiden, um diejenige Mitarbeit der Kollegen mit den Baudelegierten sicher und die Generalversammlung symbolisch gegenüber. Es muß im Steigen doch hat sie durch das Baudelegierten der Nachbarkommune die alte Höhe aus dem Jahre 1913 noch nicht erreicht. Wir dürfen aber hoffen, daß bei besserer Konjunktur die frühere Höhe recht bald überschritten wird. Bedauerlich ist, daß recht viele berufsfremde Arbeiter nicht immer den Beschäftigten des Baugewerbes mitgehen, noch nicht fügen ihnen die gleiche Achtung und die gleiche Würdigung entgegen. Dies wird es nicht für rasant gehalten für die 3 Monate bis zum Ablauf des Vertrages die Verbindlichkeit nachzugehen. Den Kassenbericht gab Kollege H a r m. S. Einer Einnahme von M. 187 668,90 für die Hauptkasse steht die gleiche Ausgabe gegenüber. Die Zollekasse hatte eine Einnahme von M. 27 011,45 und eine Ausgabe von M. 41 032,82; mithin mehr Einnahme M. 15 978,63. Die Mitgliederbewegung war wie folgt: Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals 1919 9738, eingetreten sind 1240, zugewandert (angemeldet) sind 118, von andern Verbänden übergetreten sind 479, vom Willkür zurückgemeldet sind 157 Mitglieder. Abgemeldet haben sich 427, nicht abgemeldet haben sich 93, gestorben sind 18, ausgetreten sind 13, übergetreten in andere Verbände sind 198 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden 197 Mitglieder. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 2. Quartals 10 766. Abgesetzt mit Unterstützung sind 307 Kollegen. In der Aussprache über den Vorstandsbereich wurde von allen Rednern dem Vorstand Vertrauen entgegengebracht. Der Bezirk Silber-Hohenfeld hatte beantragt: Die Aufhebung des Delegiertenstimmens zur Generalversammlung wird abgelehnt, da das Statut nur durch den Verbandstag geändert werden kann. Die Bezirke Hamm, Horn, Berg und Braunstein beantragten: Von jeder Bauweise mit mehr als 50 beschäftigten Mitgliedern ist ein stimmberechtigter Delegierter zur Generalversammlung zu entsenden. Dieser Antrag wurde dem Vorstand zur weiteren Beratung überwiesen. Die Zollekasse beantragte: Wegen der schlechten Wohnverhältnisse in der Unterstadt der letzten Verhältnisse ist der Beschäftigten zur Generalversammlung eine Entschädigung von M. 10, wenn übernatürlich wurde aus M. 15 und das Maßgebend zu zahlen. Der Antrag wurde angenommen. Der Bezirk Darmstadt beantragte: Die Beitragsentlastung ist so zu regeln, daß ein Kollege nicht mehr als 600 Mitglieder zu besuchen hat. Der Antrag wurde angenommen. Der Antrag wurde dem Vorstand zur weiteren Beratung überwiesen. Der Bezirk Eppendorf beantragte die Erhöhung des Stundenlohns auf M. 5 mit rückwirkender Kraft vom 1. November an, während der Bezirk Braunfeld beantragte: Die Generalversammlung beschließt, erneut eine Zeuerungszulage von den Unternehmern zu fordern. Die Kollegen in Berg St. Georg-Alstadt wollen die Erhöhung des Stundenlohns auf M. 1. Folgende Entschädigung wurde angenommen: „Die Generalversammlung beschließt: In Ermüdung dessen, daß die Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel noch immer beständig steigen, und dadurch das Zusammen mit den letzten Jahren einfach unmöglich ist, wird der Vereinsvorstand beauftragt, sofort Verhandlungen mit den Unternehmern zu beginnen, damit eine den Verhältnissen entsprechende Zeuerungszulage erneut zur Auszahlung gelangt.“ Ferner wurde genehmigt die Bezahlung der Wegentgelt mit mindestens der Hälfte des üblichen Stundenlohns. Auf Antrag des Bezirks wurde folgende Entschädigung angenommen: Der Vorstandsbereich möge Veranlassung nehmen, bei den im Frühjahr stattfindenden Verhandlungen über einen neuen Reichstaxi darauf zu dringen, daß 1. für alle unter den Vertrag fallenden Bauarbeiter ein fix alljährlich wiederholender Zuschlag eingeschätzt wird, weiter im Vertrag festgelegt wird, daß für den durch Wirtschaftseinflüsse entstehenden Lohnausfall ein Zuschlag geschaffen wird. Die Anträge bezüglich Festlegung einer Grenze, über die hinaus die Wegeentgelt als Arbeitszeit gezahlt werden soll, sowie Erlass des Maßgebendes, wenn die Arbeitsstelle über eine Wegentgelt hinaus hinaus geschoben ist, und das Maßgebendes benutzt werden muß, werden dem Vereinsvorstand und Vorstand als Material für die nächste Betriebsberatung überwiesen. Folgender Antrag des Bezirks Darmstadt wurde dem Vorstand zur Entscheidung überwiesen: Der Vorstand wird beauftragt, sich mit den in Betracht kommenden Reichsstellen in Verbindung zu setzen, um die Beschäftigung von Mitgliedern für die Mitglieder des Verbandes. Der Antrag des Bezirks Hattenburg: Die Generalversammlung erucht die Mitglieder, die Anstellung von Baufortleitern aus Arbeiterkreisen zu beschleunigen, wurde angenommen. Ein Kollege müßte in eine Weidstraße von M. 30 genommen werden, weil er nach Hattenburg geschickt hat. Die auf der Baustelle Hattenburg, Hattenburg, Hattenburg, Hattenburg, Hattenburg, die dort monatlang in Wäldern gearbeitet haben und welche vereinnahmt, sollen von der dortigen Belegschaft mit Entlohnung befristet werden. Die Verammlung stimmt dem zu. Damit hatte die Generalversammlung ihre Aufgaben erledigt.

Königsberg i. Pr. Wasbin es führt, wenn man nach dem Schema der Ueberrollen die Gewerkschaften „revolutionarisiert“, das heißt den Parteifreien in die Verammlung der Arbeiter einbeziehen läßt, ist hier der Verein Königsberg ein genaues abschließendes Beispiel. Hier im frühesten

Maßnahme des Abgeordneten Baas hat der Bruderkampf in der politischen Arbeiterbewegung ganz besonders scharfe Formen angenommen; planmäßig wurde dieser Streit auch in alle unsere Versammlungen getragen. Die Versammlungen arteten aus diesem Grunde meist zu wütenden Reden aus, an die Erörterung der eigentlichen Aufgaben des Verbandes war kaum zu denken. Zuerst setzte die Hege gegen die Angelegten ein, weil sie Mehrheitssozialisten waren. Kollege Kriese, der 14 Jahre lang den Verein geleitet, dem auch die größten Schwere in der Vergangenheit verlor, daß er unter den schwierigsten Umständen den Verein zu einem der besten Vereine ausgebaut hat, sah sich in Folge der politischen Hege gezwungen, seinen Posten niederzulegen. Die Bezirkskonferenz wählte ihn dann an Stelle des zum Staatsdienst übergetretenen Kollegen Wöhring zum Bezirksleiter. Die Zeitung des Vereins übernahm der bisherige Kassier Kollege Straßmann, der angeblich noch nicht politisch so kompromittiert war. In Wirklichkeit sollte es nur ein Pseudonym sein, weil die echten „Revolutionäre“ in ihren Reihen keinen Ertrag fanden. Die politische Hege lebte indes immer weiter. Zunächst gegen die sogenannten Reichssozialisten, sie wurden von vornherein als Verräter bezeichnet, mit denen man auch auf der Baustelle nicht zusammen arbeiten durfte, diesbezügliche Beschlüsse wurden auch gegen Mitglieder, die bei Weiden, Grenzau usw. zum Teil aus wirtschaftlichen Gründen eingetreten waren, gefaßt. Man begründete den Verein schließlich zu einem Anhängling der U. S. P. D., der auch fast alle Beschlüsse mitbrachte. Die Hege war dieser Hege war, daß die alten erfahrenen Mitglieder immer mehr den Versammlungen fernblieben, wiederzugewonnene frühere Streikbrecher und Jugendliche, die an den Bauversammlungen Gefallen fanden, bezeichnet die immer schwächer werdenden Versammlungen. Das dem früheren Kampf der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten entwickelte sich nunmehr der Kampf der Kommunisten gegen die Unabhängigen. Jährlich war auch den unabhängigen Vorstandsmitgliedern die Sache zu bunt geworden; aber die Hege, die man rief, wurde man nicht mehr los. Die Klänge in den Versammlungen wurden immer schlimmer. In einer förmlichen Versammlung am 28. September, die zum Schluß noch von rund 60 Personen besucht war, wurde beschlossen, daß außer dem Kollegen Straßmann, der infolge dieser Klänge seinen Posten niederlegte, auch die übrigen Vorstandsmitglieder abgelöst werden sollten. Das kommunistische Element hatte in dieser Versammlung die Oberhand. Bemerkenswert noch zu erwähnen, daß es sich immer nur um Versammlungen in der Zählstelle Königstraße handelte, die Wortführer wurden von diesem Streit gar nicht berührt. Als Leiter des Vereins wurde von der Versammlung ein Kollege Brandt vorgeschlagen. Brandt hat den Vorgang, wie der größte Baubauer zu sein, nicht gesehen. Ihm aber gewerkschaftliche Erfahrungen vollständig; von seiner moralischen Qualifikation schon gar nicht zu reden. Nach den Beschlüssen dieser Versammlung schien die Spaltung des Vereins unvermeidlich, der einst so stolze Verein war zerstückelt und gerüttelt. Berücksichtigt man noch, daß der Verein seit dem Frühjahr über 2000 neue Mitglieder aufgenommen hat, dann kann man erkennen, welche Stimmung durch diese Hege erzeugt wurde. In höchstem Maße, als auch den unabhängigen Mitgliedern des Vorstandes die Jügel entglitten, fand man den Weg zum Scheitern, gegen den man die ganze Zeit nicht gekämpft und seine Kräfte nicht gespart hatte. Man verlangte allen Erstes die Auflösung des Vereins; anders glaubte man Ordnung nicht mehr zu bekommen. Kollege Kriese schlug dagegen den legalen Weg vor. Zunächst war der Bezirksleiter gezwungen, die Zeitung des Vereins mit zu übernehmen. Die Erhebungen des Vereins und die Vereinsausgaben wurden dann die Grundlagende Vereinbarung, die den Vorstand des Vereins notwendig erschienen. Auf einstimmigen Beschluß des Vereinsvorstandes und des Vereinsausschusses wurden 7 der größten Schwere, die planmäßig die Organisation bilden, den Vorstand übertrugen. Der Generatortratung am 2. November unterbreitete Vereinsvorstand und Vereinsausschuss nunmehr ihre einstimmig gefaßten Beschlüsse, die ihrem Sinne nach die Durchführung der Beschlüsse des Weimarer Verbandes und des Reichsausschusses des langjährig verlangten. Nach dem einleitenden Referat des Kollegen Kriese und einer sehr ausgedehnten sachlichen Debatte, wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Parteistreik darf in keiner Vereinsversammlung mehr zugelassen werden. Aus diesem Grunde darf der Parteistreik, der sich nicht mehr auf der Tagesordnung stehen, sondern dafür Vereinssache ist. 2. Alle einseitigen politischen Maßnahmen zugunsten einer bestimmten politischen Partei sollen unterbleiben. 3. Bei Interzeden darf nicht, wie bisher, nur die „Freiheit“ benutzt werden. Vorläufig sollen alle Einladungen durch Handzettel erfolgen. - Kollege Kriese wurde einstimmig wiedergewählt und darf nicht, unter den veränderten Verhältnissen den Posten wieder anzunehmen. Bei dem Bericht der Revisoren war das Interessanteste, wie die „Zentralisten“, die die Zeitung des Vereins übernehmen wollten, in Wirklichkeit aussahen. Nachdem sie die Organisation in einen unverantwortlichen Streit geworfen hatten, war der erste Tätigkeit, alle Mitglieder der Zeitung, sich den vollen Lohn zu bewilligen. Für einen Verhandlungstag wurden, trotzdem 2 Mitglieder fähigste Angestellte waren, am 27. pro Tag in Rechnung gestellt. Statut und Ordinal bestand für diese Leute nicht. Im allgemeinen war bei allen Delegierten der Generatortratung ein harter Wille zur Ordnung vorhanden. Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, daß es so wie bisher nicht weitergehen dürfe. Eine Anzahl Kollegen erklärten sich bereit, an Aufführungsveranstaltungen in den Bezirken mitzuwirken, um zu gezielten Zuständen zu kommen. Alle Arbeiten sollen in enger Verbindung mit der Bezirksleitung vor sich gehen. Es wurde anerkannt, daß der Bezirksleiter keine volle Pflicht und Selbstpflicht getan habe. Er könne bei der Herrschaft in der politischen Bewegung nicht jeder Parteiung gefolgt sein. Für den Verband konnte nur seine gewerkschaftliche Tätigkeit in Frage, die sei einwandfrei; für seine politische Tätigkeit sei er wie jeder andere Mitglied des Verbandes nur seiner Partei gegenüber verantwortlich. Diefen recht vernünftigen Standpunkt vertretend, wurde durch Abstimmung festgestellt, daß der übergrößte Teil

der Delegierten. Die Versammlung war schließlich erstreckt über den guten Verlauf, alle Teilnehmer waren hoch erfreut, nach langer Zeit wieder einmal erfrischende Arbeit geleistet zu haben. Nach unserer letzten Überzeugung hat der Verein Königberg die Krise überstanden und wird gefunden. Und Vereinen, wo von den politischen Sozialisten ähnliches versucht wird, derartige Zustände nicht erst einreisen. Fort mit dem Parteistreik aus unsern Gewerkschaftsversammlungen! Zahl jedes unserer Mitglieder in die Partei geben, zu der wir uns hingezogen fühlen und seiner politischen Meinung dort Ausdruck geben, unsere Versammlungen sind nicht dazu da. Wo anders verfahren wird, geht es auf Kosten der Geschlossenheit und Kampfkraft unserer Organisation. Deshalb, hoch die gewerkschaftliche Einigkeit!

**Wagdeburg.** Am 18. November fand hier eine außerordentliche Parteibeschluß Versammlung statt, die sich mit der anhaltenden Preissteigerung für alle Bedarfsartikel beschäftigte. Von dem Kollegen S e i n e m a n n wurde darauf hingewiesen, die Partei eine gemeinsame Sitzung mit den Zimmerern und den Politiken stattzugeben habe, in der sich alle 8 Berufe darüber einig waren, daß es unmöglich sei mit den derzeit gestiegenen Löhnen weiter auszukommen. Es ist dann auch sofort eine Eingabe an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wegen Gewährung einer vorläufigen Zeuerungszulage gemacht worden. Der Arbeitgeberverband sollte darauf mit, daß er anderweitig nicht in der Lage sei, mit uns über eine Zeuerungszulage zu verhandeln, da nach einer Mitteilung seines Vorstandes am 11. November die Zentralverbände in Berlin zusammenkommen um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. In der Versammlung wurde von allen Rednern betont, daß wir uns diesmal nicht wieder mit einer so wichtigen Aufgabe zufrieden geben können wie das letztmal. In den meisten Städten sind die Löhne bedeutend höher ausgefallen. Die Wagdeburger Bauarbeiter wünschen in ihrer Gesamtheit, daß man das diesmal berücksichtigt. Es wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, noch unter M. 8 die Stunde zu arbeiten. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die 8 kartellierten Berufe sehen sich auf Grund der fortwährenden Preissteigerung aller Bedarfsartikel veranlaßt, von neuem an den bisherigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe heranzutreten um von diesem eine Zeuerungszulage zu den jeweiligen Stundenlöhnen zu erlangen, die den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht. Es erwarten daher vom Arbeitgeberverband, daß er sobald wie möglich mit den 8 beteiligten Organisationen hierüber in Unterhandlung tritt, um die Höhe den Zeuerungszulagen entsprechend zu regeln.“ Die Versammlung stimmte einem Antrag zu, nach dem eine Vollerhebung von 50 Pf. gefordert werden soll. Weiter wurde auch das Baubezirksamtessen und die Zeuerungszulage besprochen und zum Antrag gebracht, daß auf jedem Bau Baudelegierter sein muß. Ebenso muß mehr als bisher darauf Gewicht gelegt werden, daß auch die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter dem Verband zugeführt werden. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit den Kollegen aus anderen Organisationen, die auf den Bauern beschäftigt sind. Es gibt unter diesen noch viele, die immer, wenn sie aufgerufen werden zum Deutschen Bauarbeiterverband überzutreten, sich weigern, dem nachzukommen. Hier soll nun so verfahren werden, daß, wer länger als 6 Wochen auf dem Bau tätig ist, sich der zuständigen Organisation anzuschließen hat, laut Kartellvertrag.

**Weimarer.** Am 26. Oktober tagte unsere vierteljährliche Vertreterversammlung. Trotz des eingeschrittenen Schneeeis waren 23 Vertreter aus 6 Zählstellen und der Bezirksleiter Kollege Frech erschienen. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen S e i n e m a n n war zu ersehen, daß sich der Verein gut entwickelt hat. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 10. Jahres, während im Januar dieses Jahres nur 162 Mitglieder vorhanden waren. Durch die anhaltende Zeuerung machten sich in allen Lohngebieten Vollerhebungen notwendig. In 6 Lohngebieten konnten ohne Streik Vollerhebungen von 22 bis 30 % erzielt werden, während es in 3 Lohngebieten zu Preissteigerungen kam, die nach langer Dauer mit gutem Erfolg beendet wurden. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 6032. Die Kassenlage hat einschließlich des Kassenbestandes von M. 111,28 von vorigen Quartal eine Gesamtsumme von M. 4880,03 und eine Ausgabe von M. 3454,09. Als Kassenbestand verblieben M. 1425,94. Die Zeu sprachte lenies, daß die Kollegen vollen Verständnis für die Entschädigung der Organisation zeigten. Es wurde beschlossen, die Hauptkassenbeiträge um 20 % zu erhöhen. Auf einen Antrag aus der Versammlung wurde die Anstellung des Kollegen Ahms von 1. Januar 1920 auf einstimmig beschlossen. Kollege Frech gab noch verschiedene Anregungen zum Ausbau der Organisation.

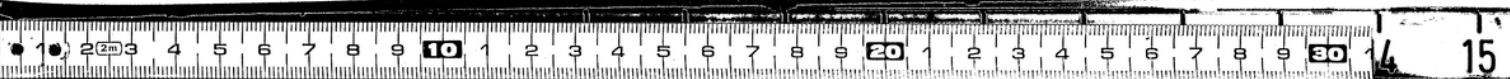
**Neußlingen.** Der Streit in Neußlingen ist zu unsern Gunsten entschieden. Durch Verhandlungen wurden 30 % Zeuerungszulage zum Stundenlohn zugesandt. Die Mitglieder-Versammlung hat dem Angebot der Unternehmer die Zustimmung erteilt. Anschließend an den Streikbericht wurde beschlossen, daß es sich um ein Vierteljahr für das 2. Quartal von Kollegen S e i n e m a n n selbst handelt. Es ist ebenfalls, daß die Kollegen im Verein Neußlingen wegen ihrer Lohnhöhe streiten müssen. Im Streik haben sich befinden die Kollegen in Neußlingen, Neußlingen, Füllingen und Zübingen. Für die Opfer konnte die Zeuerungszulage auf 25 % erhöht werden. Die Löhne der Neußlingen- und Füllingen-Arbeiter werden auf 25 % erhöht werden. Von sportlicher Seite wurde versucht, bei den Neußlingen-Arbeitern ein Gefühl zu gewinnen. Den Neußlingen-Arbeitern wurde gesagt, daß der Bauarbeiterverband ihre Interessen nicht vertreten könne. Von der Stadtverwaltung wurden M. 500 Zeuerungszulage, M. 240 Stundenlohn, Entschädigung der Zeuerungszulage und 10 % mehr verlangt. Bei den Neußlingen-Arbeitern war dem Gemeinderat wurde der Standpunkt vertreten, daß der Tarifvertrag maßgebend sein soll mit der Ausnahme, daß für die Werksrateten die Sonderzulage die bis jetzt schon bestanden hat, weiter bestehen bleiben soll. Vom Gemeinderat wurde auch dementsprechend

beschlossen. Die Abne haben Minderwirkung bis 1. August. In Neußlingen und Füllingen ergriffen die Kollegen die gleichen Schritte. In Zübingen ist es gelungen auf die bereits bestehenden Höhe 40 % Zulage zu erhalten, rückwirkend bis 1. September. Die den Neußlingen-Arbeitern von radikaler Seite gemachten Verprechungen sind nur Worte geblieben. In einer späteren Versammlung der Neußlingen-Arbeiter waren diese Verprechungen nicht mehr anwesend. Die Mitgliederzahl erstreckt sich auf eines dazwischen. Neuaufgenommen wurden 466, zugerechnet sind 7, von anderen Verbänden übergetreten sind 5, aus dem Kassenbestand zurückgeführt sind 2 Kollegen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 1068, darunter 21 Jugendliche. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen M. 2816,88 vertrieben. Die Beiträge gingen regelmäßig ein, und auch die Hilfskassen waren mit der Abrechnung pünktlicher als es bisher der Fall war. Verschiedene kleine Orte müssen sich aber noch mehr an Pünktlichkeit gewöhnen. Die Agitation wurde sehr lebhaft betrieben. Versammlungen haben im Quartal 1919 stattgefunden, die von 2868 Kollegen besucht waren. Baubelegiertenstunden fanden 4 statt. Das hauptsächlichste Augenmerk müssen wir für die Zukunft auf den Bauarbeiterklub lenken. In dieser Beziehung steht es in Neußlingen. Die Preis der Arbeit ist sehr hoch, die Bauarbeiter sind auf seiner Baustelle den Vorschriften entsprechend. Die Anstellung eines Baufachmanns wird daher in unserm Bezirk eine Notwendigkeit. Kollege Stiff sprach allen Kollegen den Dank aus, die am Auf- und Ausbau unseres Verbandes mitgewirkt haben. Vom Vorsitzenden konnte die Versammlung mit dem Sinnes geschlossen werden, daß wir nun zum zweitenmal in diesem Jahre genötigt waren unsern Lohn zu empfangen. Für Neußlingen wird auch in der Zukunft nichts anderes übrig bleiben, als durch Kampf unsere Abne zu erreichen.

**Stuttgart.** Im Nummer 45 des „Zimmerer“ befaßt sich der Kamerad Diemer vom Zimmererverband mit unserm Bericht in Nummer 40 des „Grundstein“. Wir haben keine Lust und Ursache, mit dem Kameraden Diemer über die Wahrheit oder Unwahrheit seiner Ausführungen zu streiten. Aber eines haben wir erfahren: Diemer nimmt es mit der Wahrheit nicht allzu ernst. Das hat ihm sein gesamter Zählstellenverstand in Nummer 27 des „Zimmerer“ bestätigt. Dort heißt es: „Prof. Auf der 21. Generalversammlung hat der Stuttgarter Delegierte Diemer unsern Zählstellenverstand, den Kameraden Heffner, des Streikführers bestraft. Heffner soll sich dieses Vergehens im Jahre 1908 schuldig gemacht haben. Die Angelegenheit wurde im Jahre 1911 und 1913 durch den Zählstellenverstand in Anwesenheit verschiedener Zeugen einer peinlichen Untersuchung unterworfen. Beide Untersuchungen haben gegen den Kameraden Heffner nichts Belastendes zutage gefördert. Der Zählstellenverstand der 21. Delegation legte hiermit den höchsten Protest dagegen ein; er erklärt die betreffenden Ausführungen als unmaß und weist die gegen Heffner gemachten schweren Beleidigungen entschieden zurück. Der Gesamtverband.“ Nachdem Diemer von seinem gesamten Vorstand bestätigt wurde, daß er die Wahrheit nicht liebt, werden es unsere Kollegen begreifen, warum wir uns keinem Artikel, der die Tatsachen auf den Kopf stellt, nicht befehlen.

**Produktionsgenossenschaften im Baugewerbe.**

Der Krieg hat auf wirtschaftlichem Gebiete große Umwälzungen herorgebracht. Er hat ganz Anstreifen stillgelegt, die zum großen Teil noch nicht wieder in Betrieb gesetzt werden können. An diesen Folgen des Krieges und seiner Folgen für den Kaufmann so traurigen Ausgang leidet das Baugewerbe ganz besonders stark. Hat doch der ganze Wohnungsbau seit Beginn des Krieges bis vor kurzer Zeit fast vollständig stillgelegt. Gebaut wurden in der Haupt- liche Kriegsbauten, die ungeheure Mittel verschlangen für größtenteils unproduktive Zwecke. Die dadurch entstandene große Wohnungsnot zu lindern, ist schon recht viel geschrieen und lange geredet, aber, einige Anläufe ausgenommen, noch recht wenig erreicht worden. Das Hauptkapitalumtum hält sich überaus im Hintergrund. Die hohen Baukosten, die auch die Arbeiterlöhne sind ihnen zu hoch, machen ihnen den Wohnungsbau unrentabel. Die Arbeiter, die in erster Linie unter der Wohnungsnot leiden, haben mandenorts Bau- genossenschaften gegründet und so versucht, sich selbst zu helfen. Aber auch sie stoßen auf große Schwierigkeiten, Kapital und Baufstoffe zu beschaffen. Meistens sind sie noch nicht über den Grundlückenerwerb hinausgekommen. Ganz anders sieht es in den Städten aus, die in gerichtetem Fortschreiten Mittel bereit zu stellen, in der gegenwärtigen Zeit nicht erfüllen. Der Staat hat zunächst die verprochenen Wohnungen für seine Kriegsveteranen, Kriegsteilnehmer und deren Witwen und Waisen zu beschaffen. Beporn hat damit im Laufe dieses Sommers begonnen. Es hat bei München 2 größere Arbeitergenossenschaften gegründet und läßt diese Arbeiter in eigener Regie ausführen. Aus mancherlei Gründen kommen Regierarbeiten allgemein teuer zu stehen, es wenn Unter- nehmer sie in Submission übernehmen. So auch hier. Allerdings hat sich seit dem Anfang schon viel gebessert. Ein großer Teil der Arbeiter hat sich mit dem Gedanken, die Regierarbeiten einzustellen und die Arbeiten von Unter- nehmern ausführen zu lassen. Unter solchen Umständen mögen auch die Drahtzieher des um den Profit besorgten Unter- nehmeriums stehen. Dazu darf es aber unter keinen Um- ständen kommen. Die organisierten Bauarbeiter Mittelbergs müssen eingreifen und das Unternehmen übernehmen, in dem sie eine Bauproduktionsgenossenschaft gründen und durch diese die Arbeiten vom Staat übernehmen. Die Gelegenheit ist hierfür so günstig wie sonstig. Der Staat sorgt für Baufstoffe, Geräte und Material. Für die Finanzierung genügt organisierte Bauarbeiter im Selbstbetrieb zu leisten vermögen. In verhältnismäßig kurzer Zeit werden die Arbeiter in der Lage sein, Betriebskapital zu schaffen und, damit wird der Betrieb erweitert und so nach und nach der Privatunternehmer ausgeschaltet. Dann wird man auch den Baugewerkschaften helfen können. Wichtig liegen die Verhältnisse in zahlreichen Orten des Reichs. Für die



Arbeiter heißt es nur zupacken, und zwar recht bald, denn an eine Sogalisierung ist für das Baugewerbe unter den gegenwärtigen verarmten Zuständen in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Der Antrag des Kollegen Seilmann im „Grundstein“ Nummer 48, wonach der Bauarbeiterverband Bauproduktionsgenossenschaften gründen und mit Geldmitteln ausstatten soll, kann ich nicht angeschlossen sein.

Alle auf, mit frischen Mut. Alle, die sich während der Revolution noch einen klaren Kopf bewahrt haben und auf dem Boden der realen Tatsachen stehen, müssen an diesem Werte mitwirken zum Wohle der deutschen Bauarbeiterschaft.

Gipsr und Stukkateure.

Berlin. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und uns am 7. Oktober kein Ergebnis hatten, wurde die Sektionssetzung in der Versammlung am 15. Oktober beauftragt, unsere Schlichtungskommission anzufragen.

Vom Bau.

Aachen. Kaum hatten wir in Nummer 44 des „Grundstein“ über einen bedauerlichen Unfall berichtet, so ereignete sich am 7. November schon wieder einer.

Graben wird an der Arbeitsstelle von einer Kruppschen Bohrtrommel überquert. Am 15. November, morgens 10 Uhr, wurde diese Stelle von einer Maschine ohne jedes Warnungssignal passiert.

Stallplänen. Hier ist seit einiger Zeit der Kollege Bittschwager als Baueingangskontrolleur tätig. Seine Befestigung erfolgte durch den Magistrat auf eine Eingabe unserer Kollegen hin.

Die Vereine Aalen, Crailsheim und Heidenheim, die sich am 1. Januar 1920 vereinigen, suchen für den 1. Januar 1920 einen Geschäftsführer.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Vom 16. bis 22. November haben folgende Vereine Geld an die Baupolizei gezahlt: Aue 4. 1500, Bremen 800,56, Burg 5. 1000, ...

Anzeigen.

Die Vereine Aalen, Crailsheim und Heidenheim, die sich am 1. Januar 1920 vereinigen, suchen für den 1. Januar 1920 einen Geschäftsführer.

Bewerber müssen rednerisch und agitatorisch befähigt sein und die Kassengeschäfte mit versehen können.

Der Bezirksverein Spremberg sucht zum 1. Januar 1920 einen Geschäftsführer.

Bewerber müssen rednerisch und organisatorisch befähigt sein, die Kassengeschäfte und sonstige schriftlichen Arbeiten ausführen können.

Der Mann, der am 4. November mit dem Kollegen im aranen Heberzucker von Camburg nach Duisburg fahren wollte und ihm in Eshofen und Wehlar beim Umsteigen behilflich war, ...

Der Mann, der am 4. November mit dem Kollegen im aranen Heberzucker von Camburg nach Duisburg fahren wollte und ihm in Eshofen und Wehlar beim Umsteigen behilflich war, ...

Der Mann, der am 4. November mit dem Kollegen im aranen Heberzucker von Camburg nach Duisburg fahren wollte und ihm in Eshofen und Wehlar beim Umsteigen behilflich war, ...

Der Mann, der am 4. November mit dem Kollegen im aranen Heberzucker von Camburg nach Duisburg fahren wollte und ihm in Eshofen und Wehlar beim Umsteigen behilflich war, ...

Storbekannt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht nur alle Mitglieder der Gewerkschaften, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 16.)

Angsb. Am 5. November starb unser Kollege Johann Schmid (Maurer) in Veitershofen im Alter von 87 Jahren an Gabelschwund.

Am 11. November starb unser Kollege Alfred Freckmann (Hilfsarbeiter) im Alter von 87 Jahren.

Am 29. Oktober starb unser Mitglied Phil. Drossard (Hilfsarbeiter) im Alter von 45 Jahren durch einen Straßenbahnunfall.

Am 1. November starb unser Mitglied Jakob Reim (Maurer) im Alter von 56 Jahren an Lungentuberkulose.

Am 7. November starb unser Mitglied Gustav Frechen (Hilfsarbeiter) im Alter von 45 Jahren an Magenleiden.

Am 11. November starb unser Mitglied Chr. Drossard (Hilfsarbeiter) im Alter von 40 Jahren durch Unfall.

Am 15. November starb unser Mitglied Th. Gottschalk (Grundarbeiter) im Alter von 43 Jahren an Magen- und Lungenleiden.

Am 11. November starb der Kollege Aug. Hoffmann im Alter von 77 Jahren an Altersschwäche.

Am 11. November starb unser Mitglied Karl König (Hilfsarbeiter) im Alter von 59 Jahren an Tuberkulose.

Am 17. November starb unser Mitglied Zimmermann (Maurer) im Alter von 61 Jahren an Magenleiden.

Am 16. November starb unser treuer Kollege Louis Hanßenreiter (Maurer) im Alter von 71 Jahren an Brustdrüsenkreislau.

Am 6. November starb unser Mitglied Anton Karwatzki (Hilfsarbeiter) im Alter von 57 Jahren an Augenentzündung.

Am 18. November starb unser Mitglied Fritz Schult (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Lungenleiden.

Am 13. November starb unser treuer und langjähriger Mitglied Georg Hünecke an einer Magenoperation.

Am 5. November starb unser Mitglied Gustav Schmidt (Hilfsarbeiter) aus Schmiedeburg im Alter von 23 Jahren an Kehlengangsverengung.

Am 4. November starb unser Kollege Katiowin (Lipine) im Alter von 45 Jahren starb unser Mitglied Josef Kubina an Herzschlag auf der Wiese zur Arbeitsstelle.

Am 8. November starb unser Mitglied Peter Lindgreen (Maurer) im Alter von 68 Jahren an Zwerchfellleiden.

Am 18. November starb unser Kollege Hermann Neumann (Maurer) im Alter von 49 Jahren an Zwerchfellleiden.

Am 6. November starb der Kollege W. Köhler an Augenentzündung.

Am 6. November starb unser Kollege Kaspar Hagencier aus Gottfriedsberg im Alter von 62 Jahren.

Am 13. November starb unser Kollege Ferd. Gisl (Maurer) im Alter von 64 Jahren an Bauchfellentzündung.

Am 11. November starb unser Mitglied K. Kowald (Hilfsarbeiter) im Alter von 64 Jahren an Bluthochdruck.

Am 20. November starb unser Kollege Regensburg. Am 20. November starb unser Kollege unser Mitglied Sebastian Fisch (Maurer) im Alter von 62 Jahren.

Am 12. November starb unser Mitglied Ludwig Hohmann (Maurer) im Alter von 42 Jahren infolge Zwerchfellleiden.

Am 16. November starb unser Mitglied Joseph Roth (Maurer) im Alter von 68 Jahren an Darmkreislau.

Am 14. November starb unser treuer Kollege Hermann Wächter (Maurer) im Alter von 62 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Am 17. November starb der Kollege Gustav Dahn (Maurer) im Alter von 47 Jahren durch Unfall.

Am 11. November starb unser langjähriger Kollege Friedrich Briesemeister im Alter von 51 Jahren an Alzhina.

Chre ihrem Andenken!

Versammlungen.

Bobersberg. Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Wolf, Borwert.

Crossen a. d. B. Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 10 Uhr, in der „Vollung“ von 8. Dezember, abends 6 Uhr, im „Balkgarten“, Tagesordnung: 1. A. Vorstandswahl.

Gamburg. (Steinräger). Jeden ersten Sonntag im Monat, morgens 9 Uhr, bei Pump, Brennerstr. 53.

(Schornsteinfegergefellten). Sonnabend, den 13. Dezember, präzise 6 Uhr, im Vereinshaus, Neuer Pferdemarkt.

(Schornsteinfeger). Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 Uhr, bei Wilmshaus, Heidenkampsweg 218.

(Holzleger). Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 Uhr, bei Stein, Albersstr.

(Kunstfleischer). Jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 7 Uhr, bei Fr. Roggenbaum, Bangs, Heide 76.

(Steinarbeiter). Jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

(Eisenarbeiter). Jeden ersten Freitag im Monat, abends 7 Uhr, bei Pump, Brennerstr. 53.



mikrofilm service g. gutt KG 4400 münster + essen + köln